:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 13.11.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Aus- und Rücktritte bei der AfD

FRANKFURT/DUISBURG. Wolfgang Hübner, Fraktionschef der Freien Wähler Frankfurt und AfD-Mitglied der ersten Stunde, hat die AfD verlassen. Auf kommunaler Ebene seien alle Bemühungen gescheitert, mit dem Kreisverband der AfD zusammenzuarbeiten, heißt es in einer Pressemitteilung.

Bundespolitisch will Hübner die AfD aber auch weiterhin unterstützen, sofern „die Positionen und der Kurs der Partei mit seinen Grundüberzeugungen vereinbar“ seien.

Kurz zuvor hatte der Duisburger AfD-Kreisvorsitzende Holger Lücht seinen Rücktritt angekündigt und war damit einer möglichen Abwahl zuvorgekommen. AfD-Stadtrat Lücht hatte in einer offenen Abstimmung für eine NPD-Ratsfrau gestimmt. Der AfD-Landesvorstand hat bereits ein Parteiausschlussverfahren gegen Lücht eingeleitet. *hma* ■

JA-Bezirk neugegründet

KÖLN/AACHEN. Am 16. Oktober wurde in der Kölner Altstadt der Bezirksverband Köln der „Jungen Alternative“ (JA) gegründet. Der (noch) nicht offizielle Jugendverband der sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD) löste damit den bisherigen JA-Bezirksverband Köln/Bonn ab, „um sich den Strukturen der AfD, sowie den Grenzen des Regierungs-bezirks anzugleichen“.

Die 25 anwesenden JA-Mitglieder aus dem Großraum Köln-Aachen wählten auch einen neuen Vorstand. Vorsitzender wurde der 25-jährige Lehramtsstudent Carlo Clemens (Köln), der für das Rechtsaußenblatt „Blaue Narzisse“ schreibt, stellvertretender Vorsitzender der Maschinenbautechniker Sascha Mohr (29, Aachen). Zum Schatzmeister wählte man den Elektroniker Sebastian Lux (26, Rhein-Erft), zum Schriftführer den Bankkaufmann Sascha Hümmer (27, Aachen). Beisitzer wurden Matthias Egler (22, Oberbergischer Kreis, Krankenpfleger-Azubi), Johannes Berger (22, Rhein-Sieg, Öffentlicher Dienst) und Dennis Bohn (25, Köln, Student).

Die JA werden der Mutterpartei auf die Finger schauen, erklärte Clemens, Denkverbote dürfe es nicht geben.

hma ■

Köln. Eine Woche nach dem HoGe-Sa-Aufmarsch riefen antifaschistische Gruppen unter dem Motto „Köln wehrt sich! – gemeinsam gegen Neonazis, rechte Hooligans und Rassismus“ zu einer erneuten Demonstration auf. Es nahmen rund 2000 Leute, vor allen Dingen junge Leute, teil. Vereinzelt applaudierten Passanten am Straßenrand und drückten ihre Solidarität aus, für dieses richtige und wichtige Signal.

Polizei verbietet Hooligan-demo in Hannover am 15.11.

Antifaschistisches Bündnis mobilisiert weiter „gegen Rassismus und religiösen Fundamentalismus“. Protest gegen die rechten Hooligans soll zusammen mit dem DGB organisiert werden.

Die Gerüchte über ein mögliches Verbot der geplanten rassistischen Demo an der voraussichtlich Hooligans und Neonazis teilnehmen wollen, wurden heute bestätigt. Trotzdem mobilisiert das Bündnis gegen Rassismus und religiösen Fundamentalismus für Samstag den 15.11. nach Hannover zu einer Kundgebung und einer antirassistischen Demonstration auf den Steintorplatz. „Im Bündnis sind wir der Meinung, dass ein Verbot die Mobilisierung von Neonazis und Hooligans nicht stoppen wird. In der Vergangenheit wurden Verbote von Naziaufmärschen immer wieder kurz vorher aufgehoben. Deshalb wollen wir am 15. November in Hannover ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und religiösen Fundamentalismus setzen und den Aufmarsch verhindern.“ erklärt Ingo Mertens, Sprecher des Bündnisses. Vom Bündnis wurden in verschiedenen Stadtteilen Hannover Versammlungen angemeldet.

Auch der DGB Hannover hat eine Versammlung in der Innenstadt angemeldet. In einem ersten Gespräch am Donnerstag wurde der bisherige Planungsstand vorgestellt. „Wir begrüßen das Engagement des DGB gegen den Aufmarsch“ so Ingo Mertens und führt aus: „Unser Anliegen ist es mit einer breiten Mobilisierung viele Menschen gemeinsam auf die Straße zu bringen. Nur so können wir ein entschlossenes Zeichen der Solidarität und Entschlossenheit setzen und dafür sorgen, dass der rassistische Aufzug nicht stattfindet.“

In Kürze werden Gespräche zwischen dem DGB und Anmelder_innen aus dem Bündnis stattfinden, um weitere Möglichkeiten der Kooperation und Zusammenarbeit auszuloten.

Unter dem Motto „Gegen Rassismus und religiösen Fundamentalismus“ rufen u.a. Aktive aus Parteien wie Die Grünen und Die Linke, aus Gewerkschaftsjugenden, aus parteinahen Jugendverbänden wie Jusos und Grüne Jugend, aus studentischen Initiativen, die Kurdische Jugend sowie linke und antifaschistische Gruppen wie die kommunistische Gruppe Fast Forward und die Interventionistische Linke und viele engagierte Einzelpersonen zum Protest gegen den Aufmarsch auf.

Presseteam: presse.15n@mail-on.us
Aktuelle Informationen finden sich auf der Homepage: http://15n.blogsport.de/ ■

Haverbeck referiert

RHEIN-ERFT-KREIS. In einem nicht näher bezeichneten Ort im Rhein-Erft-Kreis soll am Samstag, den 29. November, eine Vortragsveranstaltung mit Ursula Haverbeck stattfinden. Die ehemalige Funktionärin des extrem rechten „Weltbund zum Schutze des Lebens“ in Deutschland soll zum Thema „Karl der Sachsenschlächter und Widukind“ referieren. Neben Speisen und Getränken wird auch ein Auftritt der „Liedermacherin“ Aria S. angekündigt. Beworben wird die Veranstaltung auf einschlägig rechten Internetseiten.

hma ■

Verbindungstreffen in Dresden

DRESDEN. In Dresden haben sich am ersten Oktoberwochenende akademische Damenverbindungen aus mehreren Ländern getroffen. Eingeladen hatte die Akademische Damenverbindung Regina-Maria Josepha zu Dresden. An dem Treffen, das jährlich in einer anderen Universitätsstadt stattfindet, nehmen Damenverbindungen – teils religiös, teils nicht religiös, teils politisch interessiert, teils unpolitisch – u.a. aus Deutschland, Österreich, der deutschsprachigen Schweiz, Belgien und Chile teil. In diesem Jahr beteiligten sich allein sechs Damenverbindungen aus Österreich an dem Treffen, das mit einem Kommers in einem Lokal in der Dresdner Innenstadt endete und an dem rund 150 Personen teilnahmen. *hma* ■

Aachens Polizeipräsident verbietet rechte Hooligan-Demonstration

AACHEN. Polizeipräsident Dirk Weinspach hat am Freitagnachmittag eine für Samstag in der Aachener Innenstadt angemeldete Demonstration gegen Salafisten verboten. Der Organisator wollte offenbar nach Vorbild der Aufmärsche der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) agieren und äußerte mit einem T-Shirt des Netzwerkes eine Nähe zu demselben. Erste Organisationsversuche einer Art lokalen HoGeSa-Gruppe finden seit Tagen über das soziale Netzwerk Facebook statt.

Der Mann hatte laut Polizei besagte Demonstration unter dem Motto „Aachen gegen Salafisten“ angemeldet und hierzu bis zu 100 Teilnehmer aus seinem persönlichen Umfeld erwartet. Zur Anmeldung erschien er in einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Hooligans gegen Salafisten“ in altdeutscher Schrift. Laut Polizei soll er ausgeführt haben, als Privatmann die Versammlung abhalten zu wollen und mit der rechten Szene oder Hooligans nichts zu tun zu haben.

Intensive Ermittlungen führten bei den Sicherheitsbehörden jedoch zu der Erkenntnis, dass der Anmelder Kontakte in die rechtsextremistische und in die Hooliganszene unterhält. In Verbindung mit der jüngst offenbar gewordenen Gewaltbereitschaft von Hooligans bei den Ausschreitungen in Köln, sowie der thematischen Zielrichtung der Demonstration, war laut Polizei von einem unfriedlichen Verlauf der Veranstaltung auszugehen.

Die Verbotsverfügung wurde dem Anmelder am Nachmittag persönlich übergeben. Hiergegen kann er Rechtsmittel einlegen. Ob er rechtliche Schritte gegen das Verbot einlegt oder über die dazu nötige Erfahrung verfügt, ist unklar.

Die für den 8. November angemeldete Versammlung sollte offenbar auf einem zentralen Platz in der Innenstadt um 14 Uhr beginnen. Auffällig daran ist, dass zeitgleich ein Fußballspiel von Alemannia Aachen beginnt, der Anmelder also allenfalls auf Personen als Teilnehmer hätte hoffen können, die sich nicht für die Alemannia interessieren oder auf dem Tivoli Stadionverbot haben. Offenbar mangelte es dem Mann auch am nötigen Wissen, in welcher Form eine Demonstration vorbereitet werden sollte.

Erstmals vage angekündigt worden war die nun verbotene Versammlung am 5. November via Facebook. Insgesamt drei offenbar von denselben Urhebern entworfene Profile unter dem Label „Aachen gegen Salafisten“ beziehungsweise „Wir sind Aachen“ entstanden in den letzten Tagen bei dem sozialen Netzwerk, zwei davon wurden bald wieder durch das Unternehmen gelöscht. Unterdessen hat man auf dem Profil mitgeteilt, dass die Demonstration verboten ist. „Allerdings werden wir nicht locker lassen! Zusammen sind wir Stark! [sic!]“, teilt man dazu mit.

Alemannia Aachen hat am Freitagnachmittag mitgeteilt, dass künftig auf dem Tivoli das Tragen von HoGeSa-Schriftzügen und -Kleidung verboten ist. (mik)

Quelle: http://lap-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/186-aachens-polizeipraesident-verbietet-rechte-hooligan-demonstration ■

Polizei versucht Proteste gegen Volkstrauertrag zu verhindern.

HÜRTGEN, KREIS DÜREN. Am 16.11. wollen Antifaschist_innen in Hürtgen gegen die alljährlichen Volkstrauertagsfeierlichkeiten protestieren. Allerdings soll ihnen dies nach dem Willen der Polizei erst dann erlaubt werden, wenn die offiziellen Feierlichkeiten beendet sind.

Der Volkstrauertag ist seit jeher ein von Geschichtsrevisionismus, Militarismus und Nationalismus geprägtes Event, welches besonders anschlussfähig für die bundesweite extreme Rechte war und ist. Auf nahezu allen Veranstaltungen der „bürgerlichen Mitte“ sind neben der Bundeswehr, Kirchenanhänger_innen, Lokalprominenz etc. auch Personen der extremen Rechen anzutreffen. Nur einer von vielen guten Gründen sich diesen Tag freizuhalten und dem kruden Gewirr aus Deutschtümmelei, NS-Verherrlichung und Patriotismus entgegenzutreten.

Da Hürtgen schwer erreichbar in der Eifel liegt, wird es ab Düren HBF einen Shuttlebus geben. Treffpunkt ist Sonntag der 16.11.2014 um 8.00h am Dürener Hauptbahnhof. Die Protestaktion soll um 9h beginnen. Allerdings stellt sich die Dürener Versammlungsbehörde quer und möchte Protest nicht vor 11h erlauben, offenbar damit die offiziellen Feierlichkeiten nicht behindert werden können.

Wer mehr über den Volkstrauertag und die geplanten Gegenproteste wissen möchte, schaut einfach mal unter: http://huertgen.blogsport.de/. Auch aktuelle Entwicklungen werden dort gepostet werden.

http://www.huertgen.blogsport.de
http://de.indymedia.org/node/2552 ■

Roeseler wird wegen HoGeSa-Demonstration von „pro NRW“ nur verwarnt

Roeseler an der Spitze der Demonstration, Foto: D. Clemens

LEVERKUSEN. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW“ hat ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden und Mönchengladbacher Ratsherrn Dominik Roeseler für sein Mitwirken an der Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ lediglich verwarnt. Auf einer am Sonntag abgehaltenen außerordentlichen Vorstandstagung sei ihm eine „scharfe Rüge“ erteilt worden, so „pro NRW“. Die Anmeldung der HoGeSa-Demonstration am 26. Oktober sei „grob parteischädigend“ gewesen. Ein Parteiausschluss droht Roeseler aber erst im Wiederholungsfall. Er fungiert weiterhin als stellvertretender Vorsitzender.

Roeseler musste sich zudem von „jeglicher Form der Gewalt oder Extremismus“ distanzieren. Zitiert wird er von “pro

NRW" mit den Worten: „Desweiteren werde ich zukünftig an keinen Kundgebungen der HoGeSa mehr teilnehmen." Zudem beschloss „pro NRW" nach eigenen Angaben auf Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden Kevin Hauer, dass zukünftig „überparteiliche Veranstaltungen nur nach vorheriger Genehmigung des Parteipräsidiums" angemeldet oder organisiert werden dürfen. „Pro NRW"-Chef Markus Beisicht zeigte sich mit den Ergebnissen der Sitzung zufrieden und verkündete, wie bei jedem vorherigen Skandal um Neonazi-Kontakte seiner FunktionärInnen auch, dass seine Partei einen „klaren Kurs" halte und sich „gegen jede Form des Extremismus und Gewalt" ausspreche. An der Basis hingegen stößt die Abmahnung von Roeseler bei vielen auf Unverständnis. Zuspruch bekommt der Mönchengladbacher auch vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Jörg Uckermann, der ebenfalls an der HoGeSa-Demonstration in Köln teilnahm. Uckermann auf „Facebook": „Demorecht ist Menschenrecht! Solidarität mit Dominik Roeseler! Abstrafung und Ausschluß widersprechen jeglichem Gerechtigkeitsgefühl! Wir haben Dominik zu danken, für ‚Das Wunder Von Köln!' Do it again!"

http://nrwrex.wordpress.com/2014/11/05/lev-roeseler-wird-wegen-hogesade-monstration-von-pro-nrw-nur-verwarnt/ ■

Sicherheitsbehörden versagen gegen rechte Gewalt

„Trotz aller Warnungen haben die Sicherheitsbehörden das Gewaltpotential und die rechtsextreme Orientierung der Hooligans vollkommen unterschätzt. Das ist ein weiteres Kapital in der Geschichte des staatlichen Versagens beim Kampf gegen Neonazis", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Ausschreitungen am Rande der Demonstration der Gruppierung „Hooligans gegen Salafismus" am Wochenende. Jelpke weiter:

„Seit den 80er Jahren sind die engen Verbindungen zwischen der Hooligan-Szene und dem gewaltbereiten Rechtsextremismus bekannt. Auch in den vergangenen Jahren gab es von engagierten Journalisten und antifaschistischen Initiativen immer wieder Warnungen vor Neonazis in der Hooligan-Szene. Doch statt auf diese Erkenntnisse zu vertrauen, hat sich der Innenminister von Nordrhein-Westfalen durch Beschwichtigungen der Hooligans im Vorfeld der Demonstration in die Irre führen lassen.

Bund, Länder und Vereine sind nun gefordert, ihre Anstrengungen hinsichtlich der Prävention rechtsextremer Mobilisierung im Umfeld des Fußballs zu erhöhen, um der rechtsextremen Hooligan-Szene den Nährboden zu entziehen."

Berlin, 27.10.201, Ulla Jelpke, MdB ■

„Menschenrechte statt rechte Menschen"

BAUTZEN. Unter diesem Motto meldete Kreisrat Sven Scheidemantel (DIE LINKE) für den 27. Oktober 2014 eine Kundgebung in Ottendorf-Okrilla, Landkreis Bautzen, an. Der Einladung folgten unter anderem Holm Theinert vom Landesverband der VVN-BdA Sachsen, die ehemalige Vizepräsidentin des Sächsischen Landtag Regina Schulz sowie antifaschistische Gruppen aus der Region.

Theinert warnte in seinem Redebeitrag vor zunehmenden fremdenfeindlichen Aktivitäten der extremen Rechten und forderte die Solidarität mit den Asylsuchenden und Flüchtlingen ein. Von ihren Erfahrungen im Umgang mit den Asylsuchenden berichtete Regina Schulz. Mit gegenseitigen Respekt und

Toleranz ist es in Kamenz gelungen, aufeinander zuzugehen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Deutliche Kritik an den Einwohnerinnen und Einwohner von Ottendorf-Okrilla äußerte eine Vertreterin der Undogmatischen Radikalen Antifa (URA) aus Dresden. Wer bei der NPD stehe, gemeinsam mit ihnen gegen die Aufnahme von Asylsuchenden demonstriert, der mache sich der Fremdenfeindlichkeit mitschuldig.

Nur wenige Meter entfernt kamen ca. 300 Asylgegner, darunter der Dresdner NPD Stadtrat Jens Baur, zusammen und protestierten gegen die Unterbringung von Asylsuchenden im ehemaligen Ferienlager im Ort. Diese wurde nicht mehr wie zu Beginn der Diskussion von einer Bürgerinitiative (BI) organisiert, sondern von Privatpersonen. Klare Aussage auf der Kundgebung war die generelle Ablehnung der Aufnahme von Asylsuchenden.

Die BI gründete sich, um Antworten auf die Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner von Seiten des Landkreises zu bekommen und offen über die Form der Unterbringung zu diskutieren. Inzwischen muss sie sich jedoch die Frage gefallen lassen, warum sich nicht von Beginn an konsequent gegen die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Seiten der extremen Rechten abgegrenzt wurde. In Kreisen der BI soll inzwischen über den Ausschluss eines Mitgliedes, das die Kundgebung gegen die Aufnahme von Asylsuchenden am 27. Oktober angemeldet haben soll, diskutiert werden. Pfarrer Urban hat die fehlende Abgrenzung der BI gegen die Fremdenfeinde scharf kritisiert.

Jens Thöricht ■

Rede von Jens Thöricht

Liebe Anwesende, mein Name ist Jens Thöricht, ich komme aus der Stadt Zittau und bin dort der zweite stellvertretende Oberbürgermeister. Wie einige Anwohnerinnen und Anwohner hier in Ottendorf-Okrilla, hatten auch in meiner Heimatstadt die Nachbarn der geplanten Asylsuchendenunterkunft Fragen und verlangten nach Antworten. Und dies ist vollkommen berechtigt. Nach einiger Zeit der Existenz der Unterkunft in Zittau, in der bis zu 150 Asylsuchende untergebracht sind, leben die Menschen friedlich in der Nachbarschaft zusammen.

Natürlich gibt es auch hin und wieder Probleme. Doch ich frage Sie, Wo gibt es diese nicht? Wenn auf engstem Raum so viele Menschen zusammenleben müssen, ohne dass sie arbeiten dürfen und die soziale Betreuung nur das notwendigste umfasst. An dieser Stelle mein großer Dank an die Vereine und Initiativen, die Asylsuchende unterstützen.

Auf der Seite, die die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden ablehnt, ist der Spruch zu hören „Nein zum Heim". Leider vergessen, diese Menschen immer den zweiten Teilsatz der Forderung, „Ja zur dezentralen Unterbringung"". Nun wird seitens der Landkreise öfters das Kostenargument entgegengehalten. Wohnungen wären zu teuer, Heime billiger. Vor einigen Jahren antwortete die Sächsische Staatsregierung auf eine kleine Anfrage nach den Mehrkosten, dass keine Mehrkosten für die dezentrale Unterbringung in Leipzig, Chemnitz, Dresden und dem Landkreis Sächsische Schweiz entstanden sind. Neben der Kostenfrage ist dies aber auch eine Frage der Humanität. Deshalb liebe Anwesende „Nein zum Heim und Ja zur dezentralen Unterbringung!"

Bitte vergessen Sie nicht, Asylsuchende sind Menschen, die freiwillig ihre Heimat verlassen haben. Weil Sie Angst um ihr Leben hatten. Weil sie fürchteten, ihre politische Meinung zu vertreten oder weil sie aufgrund einer anderen Hautfarbe oder ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt werden... ■

„Wir brauchen vielfältigen, aktiven Widerstand!

Abschlusserklärung der 6. Regionalkonferenz Aktiv gegen Rechts am 25.10.2014 in Würselen

Würselen/Region Aachen. Zum sechsten Mal kamen am vergangenen Samstag Engagierte aus Bündnissen gegen Rechtsextremismus, antifaschistischen Initiativen, Gewerkschaften, Politik und Verwaltung aus dem Aachenr Raum zur Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ zusammen. Die Tagung fand diesmal in Würselen statt, nachdem sie bereits in Eschweiler, Alsdorf, Herzogenrath, Aachen und Stolberg gastierte. Wir dokumentieren an dieser Stelle die Abschlusserklärung, die in Würselen von den Teilnehmenden der Konferenz verabschiedet wurde.

Die Konferenz:

Zum sechsten Mal trafen sich Vertreterinnen und Vertreter lokaler Initiativen gegen Rechts in unserer Gesellschaft. In diesem Jahr standen besonders die Ergebnisse der Europawahlen und die Flüchtlingsabwehr europäischer Staaten im Zentrum der Diskussionen. Moderator Ralf Woelk (Geschäftsführer des DGB-NRW Süd-West) begrüßte die mehr als 100 Anwesenden und hob hervor, dass es eine gute Tradition der bislang sechs Konferenzen Aktiv gegen Rechts in den verschiedenen Städten ist, dass Basis-Aktivist_innen und Mandatsträger_innen aus Gemeinden um ein gemeinsames Auftreten gegen Rassismus und Neonazismus gerungen haben und es viele positive Beispiele für Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene gibt.

Der Hauptvortrag des Vormittags wurde gestaltet von Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der FH Düsseldorf. In der Mittagspause präsentierten Schülerinnen und Schüler des Würselener Gymnasiums ihre Beiträge zum Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Außerdem konnten sich die Teilnehmer_innen an Infoständen über die Arbeit und Projekte der beteiligten Basisgruppen informierten. Im Nachmittag wurde in fünf Arbeitsgruppen informiert und diskutiert über die Situation von Flüchtlingen, die Erinnerungsarbeit anderer europäischer Länder, über die Stellung des Islams in Europa und über die Militarisierung der Außenpolitik. Für Schüler_innen wurde eine Arbeitsgruppe mit dem Zeitzeugen Helmut Clahsen durchgeführt.

Der Stand der Dinge:

Das Fazit des vergangenen Jahres ist niederschmetternd: Die Parteien der äußersten Rechten haben erschreckende Wahlergebnisse erreicht. Rassismus und Nationalismus in Europa konnten nicht zurückgedrängt werden. Auch in Deutschland konnte mit der AfD eine chauvinistische und nach rechts offene Partei Parlamentssitze erringen. Leidtragende sind vor allem Flüchtlinge, deren Behandlung nicht zuletzt in Deutschland der Menschenwürde widerspricht.

Zusätzlich hat die „freie“ Welt Brandfackeln in die öl- und rohstoffbesitzenden Länder geworfen. Staaten sind im Chaos versunken. Unter dem Vorwand, Diktatoren zu bekämpfen, bewaffnete sie Regimegegner. Dabei stachelte sie Kräfte an, die sie nun bekämpfen. Immer mehr wird Krieg zur Lösung von Problemen und nachher stellt sich heraus, dass die Probleme größer geworden sind, darüber aber hunderttausende Tote zu beklagen sind. Die Bundesrepublik ist daran durch Waffenlieferungen und Destabilisierung von Regierungen beteiligt. So werden Fluchtgründe geschaffen und die Flüchtlinge, die nicht vor den Außengrenzen der EU ertrinken, werden in der EU illegalisiert und verfolgt.

Die Konferenz hat in jedem Jahr in ihrer Schlusserklärung die Untätigkeit und Unfähigkeit von Behörden im Kampf gegen Rechts kritisiert. In den NSU-Untersuchungsausschüssen sind haarsträubende Dinge ans Licht gekommen und nicht aufgeklärt worden. Das Spitzelunwesen der Geheimdienste ist zur Gelddruckmaschine für kriminelle Nazi-Banden geworden. Es hat sich herausgestellt, dass die Mordserie der NSU nur möglich war, weil Behörden und Teile der Gesellschaft die Augen vor dem Problem des rechten Terrors verschlossen haben. Bis heute ist das Bombenattentat auf das Oktoberfest nicht aufgeklärt. Bis heute ist die Öffentlichkeit nicht darüber informiert, wie viele von der Polizei gesuchte Neonazis untergetauchte Zeitbomben sind.

Die Nachfolger der verbotenen Nazi-Kameradschaften genießen unter dem Firmenschild *Die Rechte* Parteienprivilegien. Die Provokationen dieser Neonazis sind unappetitlich und kriminell. Sie gehören verboten wie die FAP der 90er Jahre, von der es auch jahrelang hieß, sie könne als Partei nicht verboten werden. Und so, wie in Deutschland die Augen vor dem Neonazismus verschlossen wurden, so erkennen viele die Nazis auch nicht, wenn sie in der Ukraine als Teil der neuen Machthaber auftauchen.

In der Region gibt es gute Beispiele für lokales Engagement gegen Rechts. Oftmals reicht es jedoch nicht, „nur“ gute Gesinnung zu zeigen. Wenn es ernst wird, wenn persönliches Handeln gefragt ist, dürfen die Aktiven nicht weniger werden, denn wir brauchen vielfältigen, aktiven Widerstand. Es ist immer noch so, dass Naziaufmärsche von Behörden und Institutionen verheimlicht werden, „damit es keinen Ärger gibt“. Die, die sich den Nazis dann entgegenstellen, dürfen nicht als gewaltbereite Ruhestörer_innen denunziert werden. Das alles ist aber kein Problem des rechten Randes, es ist ein Problem der Gesamtgesellschaft und solange Ruhe die erste Bürgerpflicht ist, wird sich daran wenig ändern. Es ist nötig, sich über Rassismus, Antisemitismus, Militarismus und Neonazismus aufzuregen und sich vielfältig dagegen zu engagieren.

Was tun?

Auch wir haben keine Patentrezepte, aber wir arbeiten daran, Lösungen zu finden, die viele mittragen können. Der Zusammenhalt der vergangenen sechs Regionalkonferenzen ist gewachsen und eine gute Basis für die Zukunft. Wir schlagen daher vor, die Regionalkonferenz 2015 unter dem Titel „Weiter so?“ durchzuführen und uns dort intensiv mit Arbeitsweisen, Organisation von Bündnisarbeit und Vernetzung auseinanderzusetzen. Hier sollen die Fragen, die wir „unterwegs“ in der gemeinsamen Arbeit gegen Rechts nur unzureichend klären konnten, behandelt werden.

Beschlossen von den Teilnehmenden der 6. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ am 25.10.2014 in Würselen ■

Gedenken an Opfer des NSU in zehn deutschen Städten

Straßenumbenennungen in Köln, München, Nürnberg, Kassel, Jena, Berlin, Göttingen, Bremen, Wuppertal und Frankfurt a.M.

Köln. Am 4. November 2014, drei Jahre nach dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), wurden zeitgleich in ganz Deutschland Straßen in Gedenken an die Opfer der rassistischen Mordserie und der Bombenanschläge umbenannt. Aus der Schanzenstraße in Köln-Mülheim wurde die Halitstraße. Rund 500 Personen nahmen bundesweit an den Gedenkveranstaltungen teil. Eingeladen hatte ein Zusammenschluss von Initiativen, der eine lückenlose Aufklärung des NSU-Komplexes fordert. „Uns war es wichtig am heutigen Jahrestag den Blick auf die NSU-Opfer zu lenken und die Angehörigen in ihrer Forderung nach einem würdigen Gedenken zu stärken“, kommentierte Manuel Friedrich vom Initiativenbündnis. Zu häufig werde den Wünschen der Betroffenen nicht entsprochen.

Im Laufe der Mord- und Anschlagserie des NSU wurden die Betroffenen immer wieder einer Opfer-Täter-Umkehrung ausgesetzt. Sie wurden von den Ermittlungsbehörden verdächtigt und in der medialen Öffentlichkeit mit rassistischen Zuschreibungen wie „kriminelle Ausländermilieus“ stigmatisiert. Gleichzeitig konnten die Täter über Jahre hinweg unbehelligt morden.

„Die Betroffenen haben über die ganzen Jahre auf die offensichtlich rassistische Motivation der Taten hingewiesen. Ihre Perspektive wurde jedoch missachtet. Für diese Perspektive machen wir uns stark. Während der NSU-Terror Orte und Menschen mit Leid und Schrecken überzog, spannen wir heute zwischen ihnen ein symbolisches Band der Solidarität“, so Friedrich.

PM Initiative keupstraße ist überall
www.keupstrasse-ist-ueberall.de ■

Umbenennung der Schanzenstraße in Halitstraße am 4.11. in Köln

In schönem und würdevollem Rahmen hat die Straßenumbenennung in Köln stattgefunden. Leider hatten wir kühles und nasses Novemberwetter – dennoch sind ungefähr 50 Leute zu der Aktion an der belebten Ecke Keupstraße/Schanzenstraße gekommen. Neben dem ausgewählten Straßenschild wurden Kerzen aufgestellt, ein Streichquartett spielte ein Stück von Bach. Im anschließenden Redebeitrag, der auch auf Türkisch übersetzt wurde, erinnerten wir an Halit Yozgat, der in Kassel Opfer des NSU wurde, und an die Forderung von Familie Yozgat, eine Straßenumbenennung in Kassel umzusetzen. Nicht wenige Passantinnen und Passanten blieben stehen und hörten aufmerksam und bewegt zu. Anschließend wurde das Straßenschild überklebt und mit einer Infotafel versehen, die erklärt, wer Halit Yozgat war. Das Streichquartett untermalte die Aktion musikalisch. Wir hatten Rosen verteilt, die anschließend am Straßenschild abgelegt wurden. Mitat Özdemir von der Initiative sprach einige abschließende Worte und unterstrich, wie wichtig es ist, weiterhin Solidarität mit den Opfern und Betroffenen zu zeigen. ■

Solifestival „Keupstraße ist überall“ im Schauspiel Köln

Das Schauspiel Köln ist in Mülheim schon in besonderer Weise an der Basis angekommen: Wird nicht allein schon das Stück „Die Lücke“ zum 20. Mal in der Nachbarschaft der Keupstraße aufgeführt und hat rund 5000 Menschen die Gelegenheit gegeben, in den Führungen vor dem Stück einen ganz besonderen Blick auf die Straße zu erhalten, so stellte es der Initiative „Keupstraße ist überall“ am 31.10. schon zum 3. Mal das Depot 2 für eine Veranstaltung zur Verfügung – einschließlich des gesamten technischen und logistischen Service.

Über 150 Leute erlebten einen informativ und musikalisch grandiosen Abend. Es ist zwar ungewöhnlich damit anzufangen,

aber diese Art von stimmungs- und respektvoller, Mut machender und professioneller Moderation, wie Kutlu Yurtseven sie auf die Bühne bringt, trägt einen durch einen ganzen Abend. So war es auch nicht verwunderlich, dass sein Auftritt mit seinem Kumpel Rossi einen Höhepunkt des Abends bildete.

Aber es war ein rundes Paket: Die Begrüßung durch Ayfer Sentürk, Schauspielerin aus der „Lücke“ und Zeugin des Anschlags, die Vorstellung der Initiative, des neu gegründeten Projekts NSU-Watch NRW und einer neuen Broschüre der Opferberatung NRW bildeten den inhaltlichen Auftakt zu dem Vortrag von Rechtsanwalt und Nebenklagevertreter Eberhard

Reinecke. An einzelnen Beispielen erläuterte er die Strategien, aber auch die Schwierigkeiten der Nebenklägeranwälte, im Prozess das Gericht dazu zu bringen, Sachverhalte in den Prozess einzubringen, die z.B. dazu dienen würden Licht in das Umfeld des NSU zu bringen, das vermutlich vor Ort seine Recherchen und Tatvorbereitungen unterstützt haben könnte. Gleichzeitig vermittelte er aber auch einen Eindruck davon, wieweit der neu gebildete Untersuchungsausschuss in NRW ein wichtiges Instrument dafür sein kann, Licht in die polizeilichen und staatlichen Strategien zu bringen, die Opfer schon am Nachmittag des Anschlags als Täter zu identifizieren und bis zur Selbstentlarvung des NSU am 4.11.2011 nicht einen Millimeter davon abzuweichen.

Das musikalische Programm erzeugte mit Aykut, Herald, LMKF, der Microphone Mafia, Repfolk und Msoke, mit Folk, Rap, Reggae eine Begeisterung, die zuletzt viele nicht mehr auf den Stühlen hielt. Der freie Eintritt führte zu einem Spendenergebnis, das alle Erwartungen übertraf und ein Beweis dafür war, dass die Initiative mit ihren Zielen vielen aus dem Herzen spricht. *pb* ■

http://keupstrasse-ist-ueberall.de/

„NSU-Watch NRW“ gegründet

In Düsseldorf hat sich die unabhängige Initiative „NSU-Watch NRW“ gegründet, die die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags (PUA) zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) kritisch begleiten wird.

Am gestrigen dritten Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU hat „NSU-Watch NRW“ ein umfangreiches Positionspapier veröffentlicht, in dem zahlreiche offene Fragen sowie Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufklärungsarbeit formuliert werden.

Erstunterzeichnet wurde das NSU-Watch-NRW-Positionspapier unter anderem von Elif und Gamze Kubacik (Dortmund), von der Kölner Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin Edith Lunnebach in Vertretung der Opfer des NSU-Anschlags vom 19.1.2001 in der Kölner Probsteigasse sowie von der Kölner Initiative „Keupstraße ist überall“.

Das Positionspapier ist hier zu finden: http://nrw.nsu-watch.info/?p=81

Die von Aktiven aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen aus NRW gegründete Initiative „NSU-Watch NRW“ wird Zusammenfassungen der öffentlichen Sitzungen möglichst zeitnah auf einer eigenen Internetseite (nrw.nsu-watch.info) publizieren. So soll eine umfassende Dokumentation entstehen, die es der interessierten Öffentlichkeit ermöglicht, die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu verfolgen. „Darüber hinaus wollen wir – soweit es uns kapazitätsbedingt möglich ist – unser Wissen und unsere Analysen über die Entwicklung und Strukturen der neonazistischen Szene und den staatlichen Umgang mit dieser zur Verfügung stellen“, so Maria Breczinski, Mitbegründerin der Initiative.

Den Abgeordneten im PUA kommt in den kommenden Monaten die Aufgabe zu, verantwortliche Behördenvertreter_innen und Minister_innen offensiv zu befragen und dabei auch vor Kritik an eigenen Parteifreund_innen nicht zurückzuschrecken. Nur so besteht eine Chance, Zusammenhänge aufzuklären.

Die Initiative betont, dass sich der PUA aber nicht nur mit der Neonazi-Szene seit Beginn der 1990er Jahre und mit möglichen Unterstützer_innen des NSU in NRW beschäftigen darf, sondern dass ebenso das Handeln der Geheimdienste, insbesondere des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, sowie das Wirken von Polizei und Staatsanwaltschaften kritisch untersucht werden müssen. Breczinski: „Mit Blick auf den behördlichen Umgang mit den Angehörigen des Dortmunder NSU-Mordopfers Mehmet Kubacik, den Opfern der Bombenanschläge in der Kölner Probsteigasse und Keupstraße sowie den Bewohner_innen der Keupstraße reicht es bei weitem nicht aus, ein ‚Behördenversagen‘ zu attestieren. Auch der strukturell verankerte Rassismus muss thematisiert werden.“

„NSU-Watch NRW“ ist angeschlossen an die bundesweite Initiative „NSU-Watch“ (www.nsu-watch.info), deren Hauptaufgabe die Dokumentation des Münchener Strafprozesses ist und die für ihre Arbeit mehrfach ausgezeichnet wurde. „NSU Watch NRW“ ist ein personell, finanziell, politisch und organisatorisch unabhängiges Projekt. Die Arbeit wird durch Spenden finanziert.

Pressemitteilung vom 5.11.2014
NSU-Watch NRW ■

E-Mail: nrw@nsu-watch.info
Internet: http://nrw.nsu-watch.info/
https://twitter.com/nsuwatch_nrw

Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet

Der NSU-Prozess hält die deutsche Öffentlichkeit in Atem. Der Fokus der Journalisten liegt dabei vor allem bei den Tätern und deren Helfern. Die Opferfamilien blieben dagegen bislang weitgehend im Hintergrund, so als wären die Nebenkläger nur am Rande Beteiligte des Prozesses. Die Rede ist vom Angriff auf den Staat durch den NSU, aber für die Betroffenen geht es um eine ganz individuelle Katastrophe. In diesem Buch kommen die Hinterbliebenen erstmals selbst zu Wort. Sie schildern, was die Mordserie und deren öffentliche Wahrnehmung für sie bedeutet, wie sie ihr Leben verändert hat. Eindrucksvoll berichten sie von ihrem Verhältnis zu Deutschland, das für viele von ihnen zur Heimat geworden ist – und in dem sie trotz der Mordserie ihre Zukunft sehen. »Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen« ist ein außergewöhnlicher Einblick in die Geschichten der Opfer und ein einzigartiger Beitrag zur Verarbeitung eines deutschen Traumas.

Die Herausgeberin Barbara John ist die von der Bundesregierung eingesetzte Ombudsfrau für die NSU-Opfer und ihre Angehörigen.

Barbara John (Hg.): Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet. Kartoniert, 160 Seiten, EUR 12,99, ISBN 978-3-451-06727-3 HERDER Verlag

Der HoGeSA-Aufmarsch in Köln

Neue Strategie von Nationalismus und Patriotismus offenbart das Versagen der staatlichen Organe

Am Sonntag, dem 26. Oktober, beherrschten für einige Stunden Neonazis und Hooligans den öffentlichen Raum der Kölner Innenstadt. Sie verbreiteten Angst und Schrecken. Die Polizei war beeindruckt und ließ den randalierenden Mob gewähren. Die antifaschistische Gegendemonstration hatte schon von Anfang an Abstand zu den Gewaltbereiten gesucht und den Protest aufs Symbolische verlegt und zog dann in die entgegengesetzte Richtung ab, nachdem klar wurde, dass ein Selbstschutz nicht ausreichen würde, die eigene Veranstaltung zu schützen.

So etwas hat es in Köln seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. 2008 demonstrierten 30 000 gegen die Anti-Islam-Konferenz von pro Köln, zu der keine Hundert Rechtsextreme erschienen.

Mit der Kölner Veranstaltung der HoGeSa hat eine neue Stufe der Formierung des Rechtspopulismus & Rechtsextremismus in der Deutschland begonnen. Es bildet sich mit der AfD eine rechtspopulistische Bundespartei heraus und parallel dazu formiert sich eine schlagende Verbindung, ein Art gewalttätiger Arm von Nazis, Hooligans und gescheiterten Rechtsformationen wie NPD, pro nrw und Kameradschaften. Auch wenn beide Flügel nicht unmittelbar abgesprochen agieren, wirken sie zusammen im öffentlichen Raum.

Gemeinsame nationalistische und patriotische Strategien

Die AfD will die Deutschen vor dem Euro schützen, die HoGeSa Deutschland vor den Salafisten. Das sind gemeinsame Strategien eines nationalistischen Lagers mit patriotischen Einsprengseln. Die HoGeSA erklärte nach dem Kölner Aufmarsch: „Bei uns sind die Dicken und die Dummen genauso willkommen wie die Schönen und die Schlauen, denn uns eint ein gemeinsames Ziel: Wir kämpfen für Deutschland gegen die Landnahme durch radikale Salafisten und all ihren Unterstützern, wo diese auch sitzen mögen!“ (1)

Patriotismus ist in Europa für viele Menschen ein positiver Begriff, der auch aktuell an Anziehung gewinnt. Der Front National in Frankreich erstarkt immer weiter, weil er den französischen Patriotismus bedient. Die FAZ bemerkte erst kürzlich, dass die französische Bourgeoise völlig korrupt ist und sich viele Menschen abwenden. Len Pen knüpft mit ihrem Patriotismus da an und bekommt auch einen Zugang zu den vielen Französinnen und Franzosen, die eine koloniale Vergangenheit haben.

„In Mitteleuropa hat sich der Patriotismus aus dem revolutionär verstandenen Liberalismus und Nationalismus des Bürgertums entwickelt, das gegen den Feudalismus einen demokratisch verfassten Nationalstaat anstrebte.“ (2)

ISIS-Terror als Vorbild?

Es wäre vermessen, nationale und patriotische Strategien zu belächeln oder die HoGeSa als Dumpfbacken zu bezeichnen. Die gemeinsame rechtspopulistische & rechtsextreme Strategie reicht weit ins bürgerliche Lager. Kampfbegriffe wie „gegen die Landnahme“ weckt vergangene Geschichten: „Gegen das Versailler Friedensdiktat“ nach dem 1. Weltkrieg und „Deutschland in den Grenzen von 1937“ nach dem 2. Weltkrieg.

Der Versammlungsleiter der HoGeSA in Köln, Andreas Kraul, erklärte nach der Veranstaltung in Facebook, „dass er ‚noch nie Ambitionen‘ hatte, sich ‚mit rechtsextremen Neonazis in welcher Form auch immer zusammen zu schließen‘ und bis vor einigen Wochen noch nie gedacht habe, dass ihn ‚jemand so betiteln würde‘. Es sei kein Neonazis, er sein ein Patriot.“ (3)

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung nimmt diese Aussage auseinander und berichtet, dass Andreas Kraul ein Lied eines Neonazi-Rappers eingestellt hat u.a. „Für unser deutsches Land ziehen wir heute in den Kampf! Ihr erwartet Dank, hier ziehen treue Deutsche die Waffen. Wahrheit macht frei. Befreit euch von der Lüge schnell! …“ (3)

Dazu kommen der aktuelle Terror und die Annektierung der ISIS in Kurdistan, Syrien und dem Irak. Die rechtspopulistischen & rechtsextremen Patrioten rühren den Terror der ISIS, den Islam und die Salafisten in einen Topf. Daraus entsteht ein nicht zu unterschätzendes Feindbild, mit denen sie auch Migranten ansprechen.

Das brutale und gewalttätige Auftreten der HoGeSa ist auch damit zu erklären, dass in Nazikreisen die Vorstellung besteht, dass der Gewalt der ISIS nur durch eine höhere Form von Gewalt begegnet werden kann. Das bezeichnen sie dann als „Mut“, und das mobilisiert Rechtsextreme und Hooligans in einem Umfang, wie wir es bisher nicht kannten.

Die Strategie der staatlichen Organe und der NRW-Polizei

Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz der Kölner Polizei beim HoGeSa-Aufmarsch ein Trauerspiel und macht deutlich, dass die Polizei Rechtspopulismus & Rechtsextremismus weiterhin unterschätzt und nicht versteht. Vor der Demonstration war auch der Kölner Polizei annähernd klar, dass die HoGeSa eine große Gewaltbereitschaft bündelt. Ich habe den Polizeipräsidenten persönlich am 22. Oktober auf verbotene Symbole der Waffen-SS hingewiesen, mit denen die HoGeSa in abgewandelter Form für die Veranstaltung warb. Polizeipräsident Albers hielt ein Verbot der Veranstaltung nicht für möglich, ging aber zu diesem Zeitpunkt von „2000 und mehr“ gewaltbereiten Demonstranten aus.

Auf Grund dieser Fakten vom 22.10. hätte die Polizei mindestens 2000 Polizisten einsetzen müssen. Sie setzte aber nur 1300 ein. Sie hätte ein Konzept entwickeln müssen, wie sie die Veranstaltung der HoGeSa noch zu Beginn oder während der Veranstaltung hätte verbieten können. Es wurden keine weiträumigen Kontrollpunkte errichtet. Noch nicht einmal Platzverweise wegen zu starkem Alkoholgebrauch wurden erlassen, geschweige denn gab es Verhaftungen von Neonazis, die den Hitlergruß zeigten. Mag sein, dass die Polizei sich mit den 4800 HoGeSa-Anhängern total verschätzte. Sie hatte zu keinem Zeitpunkt eine wirksame Strategie, einen derartig gewaltsamen Aufmarsch in den Griff zu bekommen.

Zivilisten und Journalisten wurden gewalttätig angegriffen und der Kölner Stadt-Anzeiger bemerkt zu Recht, dass es zum Glück keine Tote gegeben habe. (4)

Aufklären und personelle Konsequenzen

Vor diesem Hintergrund von einem erfolgreichen Polizeieinsatz zu sprechen, ist schon weltfremd und fahrlässig. Innenminister Jäger und Polizeipräsident Albers wollen den Konflikt aussitzen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, weil sie es zu weit getrieben haben:

Mit einem Großaufgebot überfiel die Polizei am 6. November um 6 Uhr morgens die Flüchtlingsunterkunft in der Herkulesstraße in Köln-Ehrenfeld. Dabei waren mehr Polizeibeamte im Einsatz als auf der Demonstration „Hooligans gegen Salafisten“. Im Flüchtlingswohnheim leben 640 Flüchtlinge, mindestens 300 davon sind Kinder und Jugendliche, und damit wurden alle Personen unter Generalverdacht gestellt.

Schwarz gekleidete Polizisten umstellten die Gebäude und drangen in die Zimmer ein. Insgesamt sollen vier Intensivtäter gefasst worden sein. Menschen, die vor kurzen noch auf der Flucht waren, wurden mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert. Bei den vielen unschuldigen Flüchtlingen und Kindern und Jugendlichen wird eine erneute Traumatisierung anscheinend in Kauf genommen und das Kindeswohl vernachlässigt. Unvorstellbar, dass den Verantwortlichen hier die Hemmschwelle fehlt.

Anscheinend hat sich seit dem Versa-

Frankreich hat seinen Sarrazin gefunden

Deutschland schafft sich ab, doch Frankreich bringt sich um. Es klingt, als diskutiere man beiderseits des Rheins über die bessere Methode: Soll man sich lieber von der Brücke stürzen, oder lieber den Strick nehmen? Hinter den Worten stehen jedoch Thesen, die zunehmend Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben scheinen.

„Deutschland schafft sich ab" war der Titel des Bestsellers von Thilo Sarrazin. Das Buch erschien 2010 und soll sich innerhalb der ersten beiden Jahre rund 1,5 Millionen mal verkauft haben (1). Am 1. Oktober dieses Jahres erschien in Frankreich das Buch Le suicide français („Der französische Selbstmord") des Fernsehjournalisten Eric Zemmour. Bis zur Mitte des Monats stand es auf den Bestsellerlisten oben, und im Internet stand es auf Platz Eins unter den on-line verkauften Büchern. Und dies trotz eines relativ unhandlichen Formats, 544 Seiten für 22,90 Euro.

Die genauen Verkaufszahlen sind bislang noch unklar. Nach Darstellung des Verlegers Albin Michel wurden zunächst 120 000 Exemplare gedruckt und dann auf Verlangen der Buchhändler hin weitere 80 000 Exemplare nachgeliefert –das wären höhere Erstauflagen als bei Sarrazins Schinken.

Allerdings behauptete der Verleger auch, im Zeitraum vom 1. bis 12. Oktober d.J. seien allein 60 000 Bücher über den Ladentisch gegangen; das statistische Institut des Buchhandels, Edistat, spricht hingegen von 31 500 verkauften Exemplaren im selben Zeitraum. Die Erfassung durch Edistat ist allerdings nicht vollständig, sondern misst den Vertrieb an 1200 repräsentativen Verkaufsstellen, ohne beispielsweise den Online-Buchhandel mit zu umfassen.

Das Institut GfK seinerseits, das seit 2003 eigene Daten erhebt, spricht von 5000 verkauften Exemplaren täglich um die Monatsmitte Oktober. Damit liege Zemmours Buchtitel im Verkauf vorne, noch vor dem Sensationsbuch von François Hollandes Ex-Freundin Valérie Trierweiler, das am 4. September 2014 unter dem ironischen Titel Merci pour ce moment („Danke für diesen Augenblick") publiziert worden war, und noch vor dem aus Frankreich stammenden diesjährigen Literaturnobelpreisträger Patrick Modiano. Über einen etwas längeren Bemessungszeitraum hinweg behält allerdings die geschasste „Erste Dame" im Staat, Valérie Trierweiler, mit über 500 000 verkauften Exemplaren, die Nase vorne(2).

Hilfe, die Germanen respektive Gallier sterben aus

Vom Inhalt her ähneln Zemmours Thesen in vielerlei Hinsicht denen Sarrazins. Hatte Letzterer ein Aussterben der deutschen Bevölkerung, zu geringe Kinderzahlen, einen Werteverfall sowie eine Überflügelung der Bildungseliten durch soziale Gruppen mit geringerem Intelligenzquotienten geklagt, so geht es bei Zemmour um den Untergang des französischen Nationalstaats, die schädliche Feminisierung respektive das idiotische Verlangen nach Frauenemanzipation, sowie ebenfalls sehr stark um so genannten Werteverfall.

Eric Zemmour sieht einen planmäßig eingeleiteten Niedergang Frankreichs über vier Jahrzehnte hinweg, in den Jahren von 1970 bis 2010. In insgesamt neunundsiebzig Kapiteln knüpft er dabei vermeintliche Zusammenhänge zwischen politischen Ereignissen und kulturwissenschaftlichen und anderen populären Phänomen.

Jedes einzelne Buchkapitel beschreibt dabei, so eine kritische Besprechung in der Literaturbeilage des Wochenmagazins Le Nouvel Observateur, „je einen Sargnagel in der Geschichte Frankreichs". (3)

Das 1984 durch die Strasbourger Band „Cookie Dingler" vertonte Lied Femme libérée, eine schnulzige Hymne auf eine als emanzipiert dargestellte Frau, ist aus Zemmours Sicht beispielsweise ein Meilenstein auf dem Weg in die Katastrophe, und er vergleicht den Text mit dem egalitaristische Zwecke verfolgenden „Terror unter der Französischen Revolution" – Tugendterror und „politische Korrektheit" zählen, ähnlich wie bei Sarrazin oder der AfD, zu Zemmours Lieblings-Schreckgespenstern. Zemmour beklagt „die Menschenrechtsideologe" (le droit-delhommisme) und den Verfall eines starken Staates, in dem allein sich die französische Nation als solche widerspiegeln könnte.

Er würde „das Rückgrat der französischen Gesellschaft" bilden, wäre dieser Staat nicht dadurch auf gefährliche Weise geschwächt, dass er ständig bedenklichen Tendenzen in der Gesellschaft nachgebe und ihnen hinterherlaufe. Als da wären: Feminisierung und Emanzen-Ticks, Homosexuellenemanzipation bzw. -ermächtigung (pouvoir gay), nationalmasochistische „Fremdenfreundlichkeit" (xénophilie); „nationaler Selbsthass" und „Halalisierung", eine Umschreibung für eine vermeintliche muslimfreundliche Überfremdung der Gesellschaft.

Die gefährlichen 3D: Zemour in der dritten Dimension

Zemmour postuliert, seit Mai 1968 seien die „drei D" dabei, ihren schädlichen Einfluss zu entfalten: dérision, déconstruction und destruction. Also die Lächerlichmachung überkommener Traditionen und Institutionen, die „Dekonstruktion" und die Zerstörung. In seinem Furor gegen die linksliberalen oder linksradikalen, aber auch in den Eliten angesiedelten Betreiber dieses Zerstörungswerks macht Zemmour dabei auch vor Charles de Gaulle nicht immer halt. Je nach Buchpassage ist 1970 verstorbene General und Präsident mal ein Repräsentant des noch starken französischen Staates, unter dem die Welt noch in Ordnung, mal jedoch auch ein Komplize beim Zerstörungswerk. Hatte doch die Regierung unter de Gaulle 1965 die erstmalige gesetzliche Zulassung eines eigenen Bankkontos für die verheiratete Frau, und 1967 die Erlaubnis der Anti-Baby-Pille durchgewunken. Erstaunlicherweise findet der spätstalinistische frühere Chef der Französischen kommunistischen Partei (von 1972 bis 1994), Georges Marchais, in seinen Augen tendenziell Gnade. Hatte Marchais doch 1979 den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gerechtfertigt, was bedeutet, dass er sich noch für starke Staaten einzusetzen vermocht. Und wusste Marchais sich doch in bestimmten Phasen in den achtziger Jahren der Einwanderung – im Namen des Schutzes französischer Proletarier vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt – zu widersetzen, auch wenn die französische KP diese Politik später wieder verworfen hat.

Stärker noch als Thilo Sarrazin positioniert Eric Zemmour sich offen gegen Migration. So schreibt er, die gesetzliche Zulassung der Familienzusammenführung im Jahr 1975, unter Premierminister Jacques Chirac – die den generellen Einwande-

Fortsetzung von Seite 7

gen der Staatsorgane gegenüber den NSU-Verbrechen nichts geändert. Migranten und Flüchtlinge werden mit unverhältnismäßigen Mitteln verfolgt, Rechtsextreme dürfen beinahe ungestraft Menschen einschüchtern und verletzen. Schon allein die Zahl der eingesetzten Beamten spricht in jeder Hinsicht Bände. Polizei und Innenminister wollen von eigenen Fehlern nichts wissen und stellen sich nicht der Diskussion. Das ist kein gutes Zeichen für den kürzlich beschlossenen NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Das dürfen sich die Stadtgesellschaft und auch der Kölner Rat nicht gefallen lassen.

Jörg Detjen ■

Quellen:

1 http://hogesa.info/?p=32

2 http://de.wikipedia.org/wiki/Patriotismus

3 FAS, vom 2. November

4 Kölner Stadt Anzeiger vom 5.11.2014

rungsstopp für Arbeitskräfte, infolge des ersten Ölpreisschocks, begleitete – sei „ein schwerwiegender Fehler“ gewesen. Allerdings verwechselt Zemmour dabei ganz offensichtlich den Nachzug von Familienmitgliedern französischer Staatsbürger, etwa deren ausländischer Ehegattinnen und -gatten, mit der Familienzusammenführung für ausländische Staatsbürger. Ersterer machte vor fünf Jahren 39 Prozent, die Letztgenannte jedoch nur 9 Prozent der neuen Aufenthaltsgenehmigungen aus. Oder aber er wirft beide zusammen in einen Topf, um die Zahlen aufblähen zu können.

In jedem Falle aber wirft er mit falschen Angaben nur so um sich. Beispielsweise behauptet er, ein Drittel der Ehen in Frankreich, angeblich „90 000 von 270 000“, werde mit ausländischen Staatsbürgern geschlossen und diesen werde dadurch die französische Staatsangehörigkeit hinterhergeworfen. In Wirklichkeit gab es im vergangenen Jahr in Frankreich 231 000 Eheschlüsse; davon betrafen nur 17 500 oder rund 7,5 Prozent solche Fälle, in denen ein ausländischer Ehepartner perspektivisch die französische Nationalität erwerben kann, und dies auch nur nach einer gesetzlichen Wartefrist von mindestens vier Jahren Ehedauer. Knappe drei weitere Prozent waren Ehen unter ausländischen Staatsangehörigen (4).

Zemmour & Vichy

In einem weiteren Punkt unterscheidet Zemmour sich deutlich von Sarrazin. Letzterer versuchte sich nicht darin, etwa die NS-Politik offen zu rehabilitieren, was in Deutschland auch ein politisch vergleichsweise riskantes Unterfangen wäre. Hingegen wirft Eric Zemmour sich in manchen Passagen relativ offen für das Vichy-Regime in die Bresche. Seine Motive sind dabei nicht im Antisemitismus zu suchen: Zemmour stammt von einer algerisch-jüdischen Familie ab, und ist vielleicht gerade deswegen ein glühender französischer Nationalist, weil die Juden in der nordafrikanischen Siedlungskolonie durch die Kolonialmacht als vergleichsweise privilegierte Gruppe behandelt wurden. Um die einheimische Gesellschaft zu spalten, verlieh Frankreich im unterworfenen Algerien seit 1870 – neben den Christen, also den europäischen Siedlern – auch den ortsansässigen Juden die französische Staatsbürgerschaft, die der Bevölkerungsmehrheit aus Arabern und Berbern jedoch vorenthalten blieb. Dies führte zu einer dauerhaften Herauslösung der jüdischen Bevölkerungsgruppe, die zum Teil seit über zweitausend Jahren und zum Teil seit der Vertreibung aus Spanien 1492 dort lebte, aus der örtlichen Bevölkerung und kettete ihr Schicksal an die französische Kolonialmacht.

Als französischer Etatist und Nationalist, der erklärtermaßen sein Land am liebsten in einer Figur von der Statur Napoléon Bonapartes verkörpert sähe, ist Zemmour unterdessen um eine zumindest teilweise Rehabilitierung des Vichy-Regimes bemüht. Gegen die Vorwürfe „der dominanten (/ herrschenden) Ideologie“, wie er es ausdrückt, nimmt Zemmour dieses und seinen Chef, den Marschall Philippe Pétain, in Schutz. Deswegen greift er auch den US-amerikanischen Historiker Robert Paxton, dessen 1972 auf Englisch und 1973 auf Französisch erschienenes Werk „Das Frankreich Pétains“ bahnbrechend war und zahlreiche Erkenntnisse aus den Archiven zum Vorschein brachte, heftig an. Im Gegensatz zu dem, was solche Ignoranten behaupteten, wettert Zemmour, habe das Vichy-Regime „die Juden mit französischer Staatsbürgerschaft beschützt“. Dabei habe es, zugegebenermaßen, „die ausländischen Juden geopfert“, also an die Vernichtungsmaschine NS-Deutschlands ausgeliefert – dies sei jedoch aus Sicht der Staatsräson verständlich. Im Ergebnis sei es Pétain, welcher „95 Prozent der französischen Juden rettete“.

Diese Ausführungen, die in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober 2014 zu einem heftigen Wortgefecht im Fernsehen zwischen Zemmour und der (französisch-libanesischen) TV-Journalistin Léa Salamé führten, werden von Historikern und in Fachzeitschriften zerrissen. So weist der Geschichtswissenschaftler François Delpha in einem Aufsatz (5) in Erwiderung auf Zemmour darauf hin, dass es nicht das Pétain-Regime, sondern ein Teil des französischen Klerus war, der im Sommer 1942 heftig gegen die Deportationen zu protestieren begann. Dessen Druck wurde allerdings durch Teile des klerikal-reaktionären Regimes in Vichy, das für Kritik aus den Reihen der Kirche empfindlich war, aufgegriffen und weitergegeben.

Am 23. August jenes Jahres wandte sich der Erzbischof von Toulouse, Saliège, auf der Kanzel offen gegen die Judenverfolgungen. Im September ‘42 hätte auf Anweisung der Besatzungsmacht hin auch die Deportation der Juden mit französischer Staatsbürgerschaft aus Frankreich beginnen sollen. Doch am 25. September 1942 ordnete Heinrich Himmler deren vorläufige Aussetzung an. Zu dem Zeitpunkt bereitete NS-Deutschland sich darauf vor, auch die bisher allein vom Vichy-Regime verwaltete und ohne deutsche Soldaten verbliebene Südzone Frankreichs militärisch zu besetzen, weil die Landung der Alliierten näher zu rücken schien. Deswegen hatte das Reich vorläufig andere Prioritäten. Da Frankreich auf drei Seiten vom Meer umgeben ist und weil zudem viele Juden in die Résistance gingen, konnte tatsächlich eine deutliche Mehrheit von ihnen gerettet werden. In einem Interview mit der Tageszeitung Le Figaro vom 7. November 2014 (6) erklärt Zemmour dazu, es sei ihm nicht darum gegangen, das Vichy-Regime als solches zu rechtfertigen, sondern er werfe Paxton vor, dass er den Unterschied zwischen Franzosen und Ausländern einebne, indem er dem Vichy-Regime ein solches Vorgehen vorwerfe. Zemmour dazu: „Deswegen können heute die (antirassistischen) Organisationen ‚Deportation‘ schreien, sobald ein illegaler Einwanderer in sein Herkunftsland zurückbefördert wird.“

Politische Nutzanwendung von Zemmours Tiraden: Die extreme Rechte wird aktiv

Ein weiterer Unterschied zu Thilo Sarrazin, der mitsamt seiner preußischen Beamtenmentalität bislang bei der SPD unterkommen und seine Mitgliedschaft nicht aufgeben mochte, liegt in der politischen Verortung Zemmours. Bislang blieb er zwar stets parteilos. Und er weigert sich auch, öffentlich durchblicken zu lassen, wem er bei den letzten Wahlen seine Stimme gab. Doch in jüngster Zeit stieg er auch mit offen rechtsextremen Kräften in die politische Arena.

Im März 2011, unmittelbar nach seiner Verurteilung zu 6000 Euro Geldstrafe und Entschädigungszahlung wegen incitation à la haine raciale – eine ungefähre Entsprechung zum deutschen Tatbestand der „Volksverhetzung“ – infolge von Äußerungen zugunsten von Diskriminierung in zwei Fernsehsendungen (7), empfingen ihn noch konservative Abgeordnete im französischen Parlament. Es handelte sich um die Abgeordnetengruppe La Droite populaire vom rechten Flügel der damaligen Regierungspartei UMP. Vier Tage nach dem Urteilsspruch, gegen den er nicht in Berufung ging, wetterte Zemmour damals vor den rechtskonservativen Parlamentariern gegen Bedrohungen für „die Meinungsfreiheit“ und gegen „politische Korrektheit“.

Am 16. Oktober dieses Jahres wiederholte Zemmour ähnliche Tiraden, dieses Mal aber nicht vor einem Publikum von dreißig bis vierzig Abgeordneten, sondern vor, je nach Angaben, „über 500“ oder auch „1500 Menschen“ in seinem Saal im südfranzösischen Béziers (8). Danach standen Besucher eine Stunde lang Schlange, um sich Buchexemplare von ihm signieren zu lassen. Eingeladen hatte ihn dieses Mal allerdings Robert Ménard, der im März 2014 im Namen des rechtsextremen Front National (FN) zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden ist und zuvor auf einer Doppelseite in der Rathauszeitung Werbung für Zemmour betrieben hatte. Allerdings hatte es parallel dazu eine antifaschistische Plakatierkampagne gegeben, bei der auf satirischen Plakaten angekündigt wurde: „Gargamel kommt nach Béziers!“ Also der böse Hexer aus den Comics mit den Schlümpfen. (9) Neben Teilen seines Diskurses hat Zemmour sich offensichtlich auch in seinen politischen Kontakten radikalisiert. Die beiden Männer, Ménard und Zemmour, kennen sich allerdings seit langem. Beide haben

LETZTE MINUTE:

Lektor des Buchmanuskripts von Eric Z. war ein führender Mitarbeiter von Marine Le Pen

Am Sonntag, den 9. November 2014 berichtet das Wochenmagazin ‚L'Express' auf seiner Webseite darüber, wer – auf freiwilliger Basis – das Lektorat des Buchmanuskripts für Eric Zemmours Opus ‚Le Suicide français' („Der französische Selbstmord") übernommen hatte (1).

Es handelt sich um Philippe Martel; derzeit bekleidet er bei der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen ein Amt unter der Bezeichnung directeur de cabinet. Dieser Amtstitel, den man nicht wortwörtlich ins Deutsche übersetzen kann, benennt in staatlichen Institutionen ein Regierungsamt, das man (je nach Institution) als Ministerialamts- oder Präsidialamts-Leiter bezeichnen könnte. Auf der Ebene des Regierungschefs bezeichnet der Titel eine Funktion, die ungefähr jener eines Kanzleramts in Deutschland entsprechen würde. Beim Front National benutzt man für innerparteiliche Funktionen oftmals dieselben Bezeichnungen wie bei staatlichen Funktionen.

Philippe Martel war in den Jahren von 1988 bis 1994 ein führender Mitarbeiter des damaligen konservativen Spitzenpolitikers (und späteren Premierministers von 1995 bis 97) Alain Juppé. Letzterer, derzeit Bürgermeister von Bordeaux, ist im Übrigen ein möglicher Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur des konservativ-liberalen Bürgerblocks im Jahr 2017 und Rivale Nicolas Sarkozys. Allerdings darf Juppé als überzeugter Gegner des Front National gelten, den er in seiner Amtszeit als Regierungschef stets bekämpft hat (1996 bezeichnete er die damals von Jean-Marie Le Pen geführte Partei als „rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich" und wies jegliches politische Abkommen mit ihm zurück (2)), und verteidigt tatsächlich gewisse bürgerlich-demokratische Grundüberzeugungen. Ansonsten ist er in erster Linie ein wirtschaftsliberaler Technokrat.

Martel war in den 1990er Jahren vor allem zum Thema ‚Europapolitik' zunehmend in Widerspruch zu Juppé, den man zu 100 % zu den „Europabefürwortern" zählen darf, geraten. Im März 2014 trat er als Spitzenkandidat des FN zu den Rathauswahlen im 18. Pariser Bezirk an. (3)

1 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/quand-le-dircab-de-marine-le-pen-donne-un-coup-de-main-a-eric-zemmour-09-11-2014-1879837_20.php
2 Vgl. http://www.humanite.fr/node/140195
3 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2014/03/17/philippe-martel-fnarque_987780

einen familiären Hintergrund im „französischen Algerien", also in der früheren europäischen Siedlungskolonie in Nordafrika.

Unterdessen wurde durch eine Umfrage für die Tageszeitung Le Parisien am 25. Oktober d. J. bekannt, dass 62 Prozent der befragten Französinnen und Franzosen eine negative Meinung über Zemmour haben, wobei die konservative Wählerschaft allerdings in zwei ähnlich große Hälften gespalten ist. Ebenfalls 62 Prozent erklärten sich über seine Äußerungen zum Vichy-Regime „schockiert". Auch bei 55 Prozent unter den konservativen Wählern ist dies der Fall. Allein die Wählerschaft des Front National positioniert sich anders; in ihren Reihen erklären sich 69 Prozent davon „nicht schockiert" (10). Die politische „Praxis-Anwendung" aus Zemmours Tiraden, und wer daraus den Nutzen ziehen wird, zeichnet sich also bereits deutlich ab.

Marine Le Pen: moderat neben Eric Z.?

Unterdessen versucht die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen ihrerseits, sich als vorgeblich moderat zu profilieren, indem sie sich von einem radikaleren Eric Zemmour abgrenzt (11).

In einem Gespräch mit der Sonntagszeitung JDD, das am 2. November 2014 publiziert wurde, beschuldigte sie ihn, eine Verschwörungstheorie zu propagieren. Zemmour seinerseits hatte sich am 13. Oktober in einem Fernsehinterview positiv auf eine Formulierung des Schriftstellers Renaud Camus bezogen, welcher immer wieder von einem Projekt des ‚grand remplacement', des ‚großen Bevölkerungsaustauschs' spricht.

Camus tritt des Öfteren beim rechtsextremen Bloc identitaire auf – wie in Kürze am 15. November d. J. in Paris bei dessen „Rückwanderungskongress" –, und wurde am 10. April 2014 wegen ‚Rassenhetze' gegen Muslime und Migranten (anlässlich des „Anti-Islamisierung-Kongresses" in Paris vom 18. Dezember 2010) (12) erstinstanzlich zur Zahlung von 4500 Euro verurteilt (13). Und am 21. April 2000 wurde eines seiner Bücher wegen judenfeindlicher Passagen vom Verleger (14) zurückgezogen. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass der oben erwähnte rechtsextreme Bürgermeister von Béziers, Robert Ménard, in naher Zukunft ebendiesen Renaud Camus mit dem Abfassen eines Buches über „seine" Stadt beauftragen möchte (15).

Zemmour hatte Camus' Formulierung vom ‚geplanten Bevölkerungsaustausch' positiv aufgegriffen. Nun erklärt Marine Le Pen dazu: „Das Konzept eines großen Bevölkerungsaustauschs unterstellt einen vorab gefassten Plan. Ich teile nicht diese verschwörungstheoretische Vision. Ich denke auf pragmatischere Weise, dass die Einwanderung seit dreißig Jahren von den Milieus der Großfinanz benutzt wird, um die Löhne zu drücken (…). Parallel dazu denke ich, dass die Politiker sich dank der Einwanderung ein neues Wählerreservoir bilden, weil sie es unter den Arbeitern verloren haben." Inhaltlich sagt Madame Le Pen zwar dasselbe wie Camus und mit ihm Zemmour, doch benutzt sie ihre vordergründige verbale Distanzierung, um neben dem hetzerisch auftretenden Fernsehjournalist als gemäßigt dastehen zu können.

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:
1 Vgl. http://www.welt.de/politik/deutschland/article13805710/Thilo-Sarrazin-geisselt-die-Wut-der-Pharisaeer.html oder http://www.neues-deutschland.de/artikel/228096.thilo-sarrazins-europa-braucht-den-euro-nicht.html und http://www.spiegel.de/wirtschaft/thilo-sarrazin-und-sein-buch-europa-braucht-den-euro-nicht-in-der-kritik-a-833898.html
2 Vgl. http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/10/15/zemmour-trierweiller-modiano-musso-faites-vos-jeux_4506757_3234.html
3 Vgl. dazu http://bibliobs.nouvelobs.com/essais/20141017.OBS2487/apprenons-a-penser-comme-eric-zemmour-en-9-points.html
4 Eine Widerlegung einiger der durch Zemmour verwendeten Zahlen findet sich u.a. an diesem Ort: http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2014/10/ 13/les-petites-et-grandes-erreurs-factuelles-d-eric-zemmour-sur-l-immigration_4505198_4355770.html
5 Vgl. http://www.herodote.net/Vichy_l_eleve_Zemmour_peut_mieux_faire_-article-1478.php
6 Vgl. http://www.lefigaro.fr/vox/societe/2014/11/07/31003-20141107ARTFIG00404-eric-zemmour-tre-le-porte-voix-des-classes-populaires-est-ma-plus-grande-fierte.php
7 Vgl. dazu ausführlich, vom Autor dieser Zeilen: http://www.trend.infopartisan.net/trd0410/t450410.html
8 Erstere Zahl stammt von einer anwesenden Journalistin, letztere Angabe findet sich In der Berichterstattung der liberalen (und Zemmour gegenüber kritisch eingestellte) Pariser Abendzeitung Le Monde, vgl. ihren Artikel: http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/10/17/ ne-dites-pas-a-eric-zemmour-qu-il-fait-de-la-politique_4507944_ 823448.html
9 Vgl. dazu http://www.midilibre.fr/2014/10/14/humeur,1065611.php
10 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/10/25/eric-zemmour-choque-une-majorite-de-francais_4512535_823448.html
11 Und wohl auch ein Stück weit von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen, der das unten zitierte Konzept der Umvolkung durch einen „großen Austausch" ebenfalls gerne zitiert und benutzt.
12 Vgl. ausführlich dazu: http://www.hagalil.com/archiv/2010/12/20/rassisten-kongress/
13 Vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/societe/renaud-camus-condamne-pour-provocation-a-la-haine-contre-les-musulmans_1507772.html und http://www.lemonde.fr/ societe/article/2014/04/10/l-ecrivain-renaud-camus-condamne-pour-provocation-a-la-haine-contre-les-musulmans_4399551_3224.html
14 Vgl. dazu und zu Camus' Vorgeschichte: http://jungle-world.com/artikel/2000/26/27529.html und http://jungle-world.com/artikel/2002/35/23366.html
15 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/breve/2014/10/17/robert-menard-confie-a-renaud-camus-la-redaction-d-un-livre-sur-beziers_4508357_823448.html

Kampagne gegen gesetzliche Verschärfungen in der Migrationspolitik

Es ist uns allen noch im Gedächtnis, wie am 19. September 2014 das Gesetz zur Neubestimmung der Balkanstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sog. 'sichere Herkunftsstaaten' den Bundesrat passierte und es damit zu einer weiteren Einschränkung des Rechts auf Asyl kam. Rund um dieses Gesetz kam es schon zu erheblichen Protesten. Dieses Gesetz ist jedoch nur der Auftakt: Die Große Koalition forciert derzeit weitere Verschärfungen und die Einführung neuer repressiver Maßnahmen im Bereich Asyl- und Migrationspolitik. Wenn alle Gesetze durchkommen, handelt es sich um die gravierendsten Verschlechterungen der Rechte und der Lebensbedingungen für Asylsuchende und Migrant_innen in Deutschland seit 1993. Dies könnte viele Erfolge der Kämpfe der letzten Jahre auf einen Schlag zu nichte machen.

Es ist also höchste Zeit für einen lauten und breiten Protest!

Daher möchten wir für Anfang Dezember zu einer bundesweiten Aktionswoche aufrufen und Euch einladen, euch in euren Städten mit lauten und kreativen Aktionen zu beteiligen. Lasst uns gemeinsam einen starken Protest und eine längst überfällige Kampagne gegen die Gesetzesvorhaben der Regierung und für eine menschenwürdigere Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland starten!

… Auf jeden Fall wollen wir eine gemeinsame Kampagnenwebseite zur Verfügung stellen, um dort die verschiedenen Proteste darzustellen und miteinander in Verbindung zu setzen. Eine Initiative der Karawane München

Quelle: http://kritnet.org 27.10.2014 (Der vollständige Text findet sich auf der Seite der Quellenangabe.) ■

Schwarze Null wichtiger als Integration?

Die Mittel stagnieren: Integration ist chronisch unterfinanziert. Trotz steigender Zuwanderungszahlen will die Bundesregierung daran nur wenig ändern.

So hat der Bund die für Integrationsförderung vorgesehenen Haushaltsmittel in den Jahren 2011 bis 2014 von gut 21 Millionen Euro auf knapp 17 Millionen Euro gekürzt. Das Bundesinnenministerium (BMI) hält hingegen über die Hälfte mehr für nötig. Doch das Finanzministerium pocht auf einen ausgeglichenen Haushalt und lehnte eine Erhöhung ab.

Nicht viel besser sieht es bei den Mitteln zur Migrationsberatung aus. Bislang gibt der Bund etwa 26 Millionen Euro im Jahr, das BMI und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hingegen halten etwa 35 Millionen für notwendig. Vor der „bereinigenden Haushaltssitzung" Mitte November signalisierte das Bundesfinanzministerium moderates Entgegenkommen: Das Personal des BAMF zur schnelleren Asylbearbeitung soll möglicherweise um 200 Stellen aufgestockt werden, unter Umständen ebenso die Mittel für Integrationskurse.

Quelle: Publikation „Forum Migration November 2014" (migration@dgb-bildungswerk.de) ■

Landesausländerbeirat fordert aktive Antirassismusstrategien

HESSEN. Mit Entsetzen und Trauer hat der Landesausländerbeirat auf die Nachricht eines gewaltsamen Todes eines Afrikaners in Limburg und den möglichen rassistischen Hintergrund reagiert. „Wir sind tief bestürzt, dass auch in Hessen offenbar immer noch die Herkunft eines Menschen Anlass für Gewalt oder feigen Totschlag sein kann", sagte der Vorsitzende Enis Gülegen in Wiesbaden. Gleichzeitig lobte Gülegen Polizei und Staatsanwaltschaft, die mit der Einrichtung einer Sonderkommission richtig gehandelt hätten. „Allerdings erwarten wir jetzt schnelle und lückenlose Aufklärung." Der Fall zeige erneut, wie dringend es in Hessen einer aktiven politischen Antidiskriminierungs? und Antirassismusstrategie bedürfe. Gülegen: „Wir erwarten, dass das Land jetzt entschieden handelt und dafür auch richtig Geld in die Hand nimmt!"

Rassismus sei kein Randphänomen unserer Gesellschaft, sondern nach wie vor auch in der Mitte der Gesellschaft präsent. Es sei diese noch immer in vielen Schichten verbreitete Einstellung, die gewaltbereite Menschen ermutige oder ihnen aber zumindest ein Gefühl der Legitimation für ihr menschenverachtendes Handeln verschaffe. „Dem müssen wir jetzt gemeinsam entschieden entgegentreten!", so Gülegen.

Quelle: PM Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen-Landesausländerbeirat 30.10.2014 ■

Göttingen: Abschiebungen gestoppt

Die für den Vormittag des 3.11. um 7:30h angesetzte Abschiebung einer dreiköpfigen somalischen Familie nach Italien konnte gestoppt werden. Ab 6:30 versammelten sich rund 100 Unterstützer_innen vor dem Haus der Familie im Maschmühlenweg 139, um die unmenschliche Abschiebepraxis zu blockieren. Nach zwei Stunden wurde die Aktion erfolgreich beendet, da weder Bundespolizei noch Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde dort auftauchten, bzw. sich als solche zu erkennen gaben.

Am vergangenen Freitag hatte die Familie von der Ausländerbehörde nur 45 Euro der ihnen für November zustehenden 881 Euro erhalten und ihre Duldungen wurden lediglich bis zum heutigen Montag verlängert. Das noch ausstehende Geld konnte am Vormittag von Unterstützer_innen abgeholt werden. Unklar ist noch der Aufenthaltsstatus der Familie. Es ist wichtig, dass sich ihr Status schnell klärt, da die drohende Abschiebung sie seelisch und körperlich stark mitnimmt. Gegen die Abschiebung wurden aufgrund der gesundheitlichen Situation der Familie Rechtsmittel eingelegt. Die drohende Abschiebung stellt einen Schlag ins Gesicht beider Elternteile dar. Insbesondere weil die Familie ein Kind in Italien verlor, besteht die direkte Gefahr einer Retraumatisierung.

Die Entscheidung über den Fall liegt nun beim Verwaltungsgericht Göttingen. Unzählige Verwaltungsgerichte in Deutschland bescheiden mittlerweile Klagen gegen Abschiebungen nach Italien positiv. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zeigt sich davon allerdings unbeeindruckt. Und die Göttinger Ausländerbehörde hat nicht das Rückgrat, offen gegen diese Akte der Unmenschlichkeit zu opponieren.

Wir fordern einen sicheren Aufenthaltsstatus und den endgültigen Stopp aller Bemühungen die Familie abzuschieben. Wir fordern ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle und die kompromisslose Abschaffung des AsylbewerberLeistungsgesetzes!

Presseerklärung Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V., 3.11.14 ■

Baden-Württtemberg: Abschiebungen nach Serbien und Mazedonien

Am Dienstag, 28.10. war ein Abschiebecharter vom Baden-Airpark bei Karlsruhe gestartet, mit dem laut dem zuständigen Regierungspräsidium Karlsruhe insgesamt 48 Personen abgeschoben wurden, davon 33 nach Serbien und 15 nach Mazedonien. Von ihnen hatten 27 in Baden-Württemberg gelebt, 19 in Hessen und zwei in Thüringen. Das Regierungspräsidium hatte vorab erklärt, nicht alle Betroffenen seien von ihrer anstehenden Abschiebung informiert worden.

Nach der Abschiebung einer Familie aus Freiburg nach Mazedonien versammelten sich am Mittwoch, 29.10. bis zu 200 Menschen zu einer Protestkundgebung auf dem Rathausplatz.

Nach dem Willen der Behörden hätten gleich mehrere Familien aus Freiburg abgeschoben werden sollen. Durch die Unterstützung von Anwälten und solidari-

schen Personen gelang es jedoch noch, ihre Abschiebung zu stoppen.

Am Tag nach der Abschiebung von Menschen aus Freiburg hatte die flüchtlingssolidarische Initiative „Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung“ zum „Tag x“ erklärt. Die TeilnehmerInnen der Kundgebung drückten an diesem Tag x+1 ihre Ablehnung von Abschiebungen aus. In einem Redebeitrag wurde die Situation der abgeschobenen Familie beschrieben: Es handelte sich um ein Paar mit zwei Kindern im Alter von 4 und 9 Jahren. Der Großvater der Kinder war bei einem gewalttätigen Angriff getötet worden. Das Haus der Familie war zerstört und abgebrannt worden. Die mazedonischen Behörden verfolgten diese Taten nicht. Für die deutschen Behörden wiederum war all das kein Grund, der Familie einen stabilen Aufenthaltsstatus zu verleihen. Mehrere RednerInnen und Redner forderten ein Ende der Abschiebungspraxis, ein humanitäres Bleiberecht für Flüchtinge aus den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ und einen umfassenden Winterabschiebestopp. Die Kundgebung, die von einer Sambagruppe und Sprechchören begleitet wurde, entwickelte sich zu einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt.

WACH BLEIBEN!

Quelle: news@alle-bleiben.info 31.10.2014 ■

PRO ASYL fordert sofortiges Ende der Italien-Überstellungen

Am 4.11.2014 hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof entschieden, dass Flüchtlingsfamilien in Italien eine unmenschliche und erniedrigende Behandlung (Art. 3 EMRK) drohen kann und dass deswegen keine Abschiebungen dorthin erfolgen dürfen, wenn nicht zuvor eine individuelle Zusicherung Italiens über eine adäquate Unterbringung eingeholt wurde. PRO ASYL begrüßt das Urteil, da es auf die äußerst prekäre Situation von Flüchtlingsfamilien in Italien aufmerksam macht. „Das Urteil geht jedoch nicht weit genug“, sagte Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL. „Seit Jahren ist klar, dass Flüchtlinge in Italien oft obdachlos und ohne staatliche Hilfe sich selbst überlassen werden. Wir fordern einen generellen Abschiebestopp nach Italien!“.

Die Beschwerde hatte die achtköpfige afghanische Familie Tarakhel gegen die Schweiz eingelegt, nachdem die dortigen Behörden ihre Abschiebung nach Italien beschlossen hatten. Nun hat der Gerichtshof klargestellt, dass zumindest bei Familien mit Kindern eine solche Abschiebung mit den Menschenrechten nicht vereinbar ist, wenn deren Schicksal nach der Abschiebung nicht vorab geklärt wird.

PRO ASYL begrüßt das Urteil als wichtiges Signal. Allerdings müssen Abschiebungen nach Italien generell gestoppt werden. Italien hat kein funktionierendes Aufnahmesystem, die Unterbringungskapazitäten reichen bei weitem nicht aus. Viele Flüchtlinge leben daher auf der Straße, bekommen keine soziale Unterstützung oder medizinische Versorgung und Familien werden getrennt.

Nach der Dublin-Zuständigkeitsverordnung wird Italien für zuständig erklärt, wenn dies das Land der Einreise in die EU ist. Allerdings hat der EGMR bereits in seiner wichtigen MSS-Entscheidung zu Griechenland im Januar 2011 entschieden, dass die EU-Staaten sich nicht blind für die reale Situation der Flüchtlinge stelle dürfen. Im Fall von Griechenland wurde 2011 festgestellt, dass generell eine Abschiebung von Flüchtlingen dorthin unzulässig ist.

PRO ASYL kritisiert, dass zehntausende Flüchtlinge aufgrund des Dublin-Systems wie Stückgut zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden und in Elend und Obdachlosigkeit landen.

Quelle: Presseerklärung http://www.proasyl.de 4.11.2014 ■

Flüchtlinge sind hier willkommen! Flüchtlingspolitische Sofort-Forderungen der Partei DIE LINKE

Kriege, politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Not oder Perspektivlosigkeit – es gibt viele Gründe warum Menschen fliehen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde…

Aktuell sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht, weltweit. Nur ein kleiner Teil kommt nach Deutschland – ihnen Schutz und Aufnahme zu gewähren, wäre das Mindeste, was unser reiches Land tun kann. Stattdessen herrscht eine Kultur der Ablehnung, die von bürokratischen Hürden über mangelnde Verantwortung bis hin zu rassistischer Propaganda reicht. Die Lösungen der sogenannten Flüchtlingsgipfel greifen allesamt zu kurz, weil sie am System nichts ändern – sie sind Ausweis des Scheiterns und der Realitätsverweigerung.

Das gegenwärtige Asylverfahrensrecht ist ein Abschreckungsrecht – was wir jedoch brauchen, ist eine menschenrechtlich orientierte Flüchtlingspolitik. Die Politik der Bundesregierung zielt in die völlig falsche Richtung. Deshalb stellen wir uns gegen eine Verschärfung des Asylrechts und plädieren für ein Asyl- und Flüchtlingsregime in Deutschland und in Europa, das den Schutz der Flüchtlinge und ihre Perspektiven in der neuen Gesellschaft in den Mittelpunkt aller Regelungen stellt.

Auf den Weg zu einer Geflüchteten zugewandten Willkommenskultur gehören für uns folgende Forderungen:

- Abschaffung der Residenzpflicht und der entwürdigenden Unterbringung in Sammelunterkünften sowie die freie Wahl des Aufenthaltsortes (Familie, Verwandte). Wir wollen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen.
- Sofortiger Zugang zu Arbeit und Bildung. Dies ermöglicht wirtschaftliche Selbstständigkeit und Teilhabe.
- Uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.
- Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dieses Bürokratiemonster entwürdigt Menschen. Eine Abschaffung brächte Kommunen dringend benötigte Entlastung.

Der Bund könnte folgende Sofortmaßnahmen ohne Verzögerung verfügen:

- Schnell mehr Entscheiderinnen und Entscheider für das Bundesamt für Flucht und Migration ausbilden und einstellen. Damit kann eine kürzere Verfahrensdauer erreicht werden und Antragstellerinnen und Antragstellern bleibt monatelange Unsicherheit und Stress erspart.
- Bundesimmobilien unentgeltlich für Wohnzwecke zur Verfügung stellen. Statt auf Höchstpreise zu warten und Leerstand zu akzeptieren, entstünde hier Platz für die Unterbringung.
- Finanzielle Unterstützung der Kommunen. Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung von den Kommunen übernehmen.

Quelle: http://www.die-linke.de Parteivorstand, 3.11.2014 ■

Syrische Flüchtlinge: Übernahme Krankenversicherungskosten läuft aus

Die Hannoversche Zeitung berichtet am 28.10. in ihrem Aufmacher über Auseinandersetzungen in der Landesregierung betreffend die Frage der Übernahme von Krankenkosten für Flüchtlinge aus Syrien, die im Rahmen des Landesaufnahmeprogramms aufgenommen werden. Die bisherige Regelung ist am 30.09.2014 wegen fehlender Mittel für die Übernahme von Krankenversicherungskosten ausgelaufen, was vom Flüchtlingsrat deutlich kritisiert wurde.

Ab Januar 2015 soll es eine Fortsetzung des Programms geben. Die Regierungsparteien sind sich jedoch nicht einig, aus welchem Budget die Kosten aufzubringen sind.

Aus Sicht des Flüchtlingsrats wäre die Übernahme der Krankenversicherungskosten durch den Bund und die Ausstellung einer Krankenversicherungskarte an alle Flüchtlinge natürlich wünschenswert. Solange der Bund mauert, ist aber die Landesregierung gefordert, den Bedarf abzudecken. Der Landtag hat die Landesregierung bereits im Juni 2014 aufgefordert, ggfs. selbst mit der AOK oder einer anderen Krankenversicherung einen Ver-

trag abzuschließen, der die Ausstellung einer Gesundheitskarte an alle Flüchtlinge ermöglicht. Die Bundesländer Bremen und Hamburg haben vorgemacht, dass das möglich ist. Doch auch ohne einen solchen Generalvertrag ist die Landesregierung in der Pflicht, die Krankenversicherungskosten für syrische Flüchtlinge zu übernehmen: Bei der Innenministerkonferenz vom Juni 2014 haben die Verantwortlichen sich darauf verständigt, dass alle Länder die Krankenkosten absichern und die Verwandten von dieser Verpflichtung ausnehmen. Mindestens acht Länder (Brandenburg, Berlin, Bremen, NRW, Sachsen Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Hessen) haben diese Verpflichtung auch umgesetzt und das Landesprogramm verlängert – Niedersachsen bislang nicht. Das ist für eine Landesregierung, die mehrfach auch öffentlich die Verantwortung Deutschlands und Europas bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge beschworen hat, ein doch eher peinliches Eingeständnis.

Die Landesregierung muss sich jetzt zusammenraufen und schnell eine Lösung finden. Nach wie vor ist der Problemdruck gewaltig: Täglich erhalten wir Anrufe besorgter Familien, die ihre Angehörigen aufnehmen wollen, und die wir (bislang) mit Mühe auf das kommende Jahr vertrösten. Das Land Niedersachsen, dessen Innenminister sich wie kein anderer für die Ermöglichung einer Familienaufnahme zugunsten syrischer Flüchtlinge stark gemacht hat, muss diese Möglichkeit auch weiterhin gewährleisten. Das Landesaufnahmeprogramm bietet den unschätzbaren Vorteil, dass keine öffentlichen Kapazitäten für die Unterbringung und Versorgung bereit gestellt werden müssen. Lediglich im Bereich der Krankenversicherung entstehen aus den bekannten Gründen Kosten für die öffentliche Hand. Viele Initiativen wollen hier lebende Familien dabei unterstützen, eine private Aufnahme von Flüchtlingen zu ermöglichen. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn das Land das Aufnahmeprogramm fortsetzt und die Übernahme der Kosten für die Krankenversicherung gewährleistet. *Kai Weber*

Flüchtlingsrat Niedersachsen
28.10.2014 ■

Residenzpflicht ersatzlos streichen

BERLIN. „Mit dem jetzt beschlossenen Gesetzentwurf geht die Bundesregierung wieder nur einen Trippelschritt hin zur Lockerung der Residenzpflicht. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten muss endlich bedingungslos abgeschafft werden“, fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, angesichts der vom Kabinett verabschiedeten Änderungen im Asylrecht. Jelpke weiter:

„Für die Beschränkung der Residenzpflicht auf die ersten drei Monate gibt es keine Rechtfertigung, auch wenn diese Änderung nun als großer Fortschritt verkauft werden soll. Außerdem gehen die vorgesehenen Ausnahmeregelungen viel zu weit. Selbst bei kleinsten Straftaten, beim bloßen Verdacht auf Drogendelikte oder bei bevorstehenden Maßnahmen zur Abschiebung sollen die Ausländerbehörden weiterhin Einschränkungen der Bewegungsfreiheit erlassen können. Die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten bleibt damit einem Sonderregime unterworfen, das die Würde der Betroffenen verletzt. Die vorgesehenen Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz gehen ebenfalls nicht weit genug. Nur außerhalb von zentralen Unterkünften sollen künftig Geldleistungen Vorrang vor Sachleistungen erhalten, Ausnahmen sollen weiter möglich sein. Damit können Bundesländer wie Bayern an ihrem restriktiven Kurs der Unterbringung in großen Sammelunterkünften und der Versorgung mit Essenspakten festhalten.

Einzelne Lockerungen und Änderungen am grundlegend falschen System der Abschreckung von Asylsuchenden lassen die Diskriminierung von Flüchtlingen unangetastet. Diese Diskriminierung muss beendet werden.“ *Ulla Jelpke, MdB* ■

Ein richtungsweisendes Urteil

KOBLENZ. Nach der jüngsten Entscheidung des neu zusammengesetzten Verwaltungsgerichts in Koblenz sind Personenkontrollen, die durch den Paragraphen 21 Absatz 1a geregelt sind, nur dann gerechtfertigt, wenn sie im grenznahen Bereich und nicht in Zügen die aus den Nachbarländern kommen. „In seinen Ausführungen benennt das Gericht zwar nicht die Praxis des Racial Profiling, doch zeigt es der bisherigen Handhabe der Bundespolizei deutliche Grenzen auf, dass es Kontrollen innerhalb Deutschlands in seinem Urteil als unrechtswidrig erklärt“, sagte Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD).

Seit Jahren fordern die ISD, die Kampagne Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) und andere Initiativen die Abschaffung des folgenschweren Paragraphen, weil er Beamten der Bundespolizei geradezu auffordert, Menschen aufgrund phänotypischer Merkmale oder zugeschriebener Herkunft zu kontrollieren. Die Klage eines jungen Mannes hatte 2012 eine öffentliche Debatte um die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme ausgelöst. Im nun verhandelten Fall vom Januar 2014 handelt es sich um eine schwarze Familie, die in einem voll besetzten Regionalzug von Mainz nach Bonn als einzige von drei Bundespolizisten kontrolliert wurde. Da sie davon ausgingen, dass ihr Aussehen der Grund für die Kontrollen war, klagten sie vor dem Verwaltungsgericht gegen die Bundesrepublik Deutschland und gewannen den Rechtsstreit. Heute wurde das Urteil veröffentlicht.

Das Besondere: Das Urteil stellt fest, dass in Zügen, die bei ihrer Fahrt weder Flug- noch Seehäfen passieren oder Grenzen von anderen Staaten erreichen, eine so genannte „illegale Einreise“ nicht möglich ist und daher Kontrollen rechtswidrig sind. Bislang war es der Bundespolizei möglich „jeden“ zu befragen und zu kontrollieren. „Damit wird der Bundespolizei die Befugnis zur Durchführung von verdachtsunabhängigen Kontrollen in den meisten deutschen Zügen und Bahnanlagen entzogen“, sagt Biplab Basu von KOP. Della ergänzt: „Das ist ein richtungsweisendes Urteil, das Auswirkungen auf die Zukunft haben wird – nämlich, dass niemand mehr bei Zugfahrten innerhalb Deutschlands kontrolliert werden darf.“

Mehr Informationen zu Racial Profiling unter: http://www.stoppt-racial-profiling.de/ ■

Asylsuchende müssen immer länger auf eine Entscheidung warten

„Im Interesse der schutzbedürftigen Menschen müssen Asylverfahren fair und schnell verlaufen. Flüchtlinge wollen hier ein neues Leben anfangen – das Warten auf die Asylentscheidung in überfüllten Massenunterkünften steht ihnen dabei im Wege.“ erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (18/2944) mit ergänzenden Informationen zur Asylstatistik im 3. Quartal 2014. Im Schnitt vergingen im vergangenen Quartal 8,4 Monate bis zu einer behördlichen Entscheidung über einen Asylantrag, im 2. Quartal waren es noch 6,9 Monate. Besonders betroffen sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die im Schnitt 12,3 Monate auf eine Entscheidung warten. Den traurigen Rekord halten dabei asylsuchende Kinder und Jugendliche aus Äthiopien, die 22,3 Monate warten müssen; jugendliche Flüchtlinge aus Afghanistan, Guinea, Iran, Irak, Pakistan und Somalia müssen ebenfalls über ein Jahr auf eine Entscheidung warten. Mit überlangen Asylverfahren trägt die Bundesregierung eine Mitschuld an der schwierigen Aufnahme- und Unterbringungssituation in den Ländern. Doch auch die Länder hätten deutlich früher auf die steigenden Asylbewerberzahlen reagieren und ihre Aufnahmekapazitäten erhöhen müssen.“

Die Antwort der Bundesregierung kann in meinem Berliner Büro angefordert werden. *Ulla Jelpke, MdB* ■

Grenzen öffnen – aber nur, wenn...

Bundesinnenminister de Maizière hat sich für eine Öffnung der abgeschotteten Grenzen Europas für Flüchtlinge ausgesprochen, wenn im Gegenzug der Menschenhandel auf der Mittelmeerroute gestoppt wird. Menschenrechtler werfen ihm vor, Bedingungen vorzuschieben.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat sich für eine Öffnung der abgeschotteten Grenze Europas für Flüchtlinge ausgesprochen, wenn im Gegenzug der Menschenhandel auf der Mittelmeerroute gestoppt wird. „Ich kann mir für Deutschland vorstellen, die gleiche Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen wie wir jetzt Asylbewerber haben auf legale Weise, wenn es gelingt, den illegalen Zustrom von Flüchtlingen zu stoppen", sagte de Maizière am Montag in Berlin. Es dürfe nicht sein, dass Menschenhändler mit menschlichen Schicksalen Geld verdienten und „trotzdem Tausende von Toten in der Wüste und im Mittelmeer produzieren".

De Maizière äußerte sich nach einem Treffen mit dem Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration (IOM), William Lacy Swing. Anlass war der 60. Jahrestag des Beginns der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Organisation, die weltweit unter anderem Programme zur Ansiedlung und Rückführung von Flüchtlingen betreut.

De Maizière sagte, in dem Gespräch sei es auch darum gegangen, ob es möglich sei, ein sogenanntes Willkommenszentrum in Nordafrika aufzubauen. Bislang hatte die Bundesregierung es strikt abgelehnt, Flüchtlingen außerhalb Deutschlands das Stellen eines Asylantrags zu ermöglichen. Details seien aber noch nicht vereinbart worden.

Resettlement ist Thema, keine Praxis

Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, das Resettlementprogramm zur dauerhaften Ansiedlung von Flüchtlingen auszubauen. Bislang gab es nur ein Modellprojekt, über das über drei Jahre 900 Flüchtlinge unter anderem aus dem Irak in Deutschland eine Perspektive bekommen sollten. De Maizière sagte, ein weiteres Projekt in Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR habe gestoppt werden müssen. Inzwischen sei das Vorhaben durch die dramatischen Entwicklungen in Syrien und im Irak überholt. Die Flüchtlinge, die durch solche Programme kommen, sollten nicht „additiv oben drauf" kommen, sagte der Innenminister. Er betonte aber, Resettlement bleibe ein wichtiges Thema, weil es die Möglichkeit für eine gesteuerte Zuwanderung von Flüchtlingen biete.

Menschenrechtler kritisieren vorgeschobene Bedingungen

Menschenrechtsorganisationen bemängeln, dass die Forderung nach einem Stopp von Menschenhandel nur eine vorgeschobene Bedingung ist. Schließlich könnten Schmuggler nur deshalb ihre Geschäfte machen, weil Europa und Deutschland ihre Grenzen dicht machten. Wer würde sich und sein Leben schon einem illegalen Menschenhändler anvertrauen und ihm viel Geld zahlen, wenn es auch legale Einwanderungsmöglichkeiten gebe, lautet die Kritik. Wenn der Bundesinnenminister Menschenhandel stoppen wolle, müssen er den ersten Schritt machen und die Grenzen öffnen. (epd/mig) *Quelle: http://www.migazin.de 5.11.2014* ■

:rezensionen, ankündigungen

„Ein Spiel mit dem Feuer"

Das Buch bietet interessante Einblicke und Informationen, lässt jedoch wichtige Bereiche – wie die Herrschaft der Oligarchen – ziemlich unbeleuchtet. Pikanterweise kommt in dem von Linken geschriebenen Buch die – sicher kleine – ukrainische Linke kaum vor.

Die Meriten des Buches liegen v.a. darin detailliert zu zeigen, was die westlichen Interessen an der Ukraine sind; wie an allen Ecken und Enden schamlos interveniert wird; wie der Vormarsch der Nato nach der Wende 1989 über die Bühne geht; was eine Assoziierung der ökonomisch wackeligen Ukraine an die EU bedeutet. Und diese imperialistische Expansion in den Osten wird begleitet von einem gigantischen manipulativen Medienapparat. Leider hat's sich damit auch schon weitgehend. Der Herausgeber, der bekannte deutsche Friedensaktivist Peter Strutynski sagt selbst, was die Crux des Buches ist: „...die landes- oder kulturgeschichtlichen Aspekte mögen vielleicht zu kurz kommen" (S. 17).

Und so wird von etlichen AutorInnen suggeriert, dass der „Maidan" vor allem eine ausländische Sache war – wenn nicht gar ein „Staatsstreich" oder ein „faschistischer Putsch" (siehe etwa S. 41 ff) – sehr ähnlich den bürgerlichen Ideologien, die kein Verständnis für INTERNE gesellschaftliche Prozesse aufbringen.

Ausgewogen hingegen zeigt der Beitrag von Kai Ehlers (S. 80ff), wie der Maidan tatsächlich entstanden ist, schließlich „politisch enteignet" wurde und es zur Bildung einer rechten, neoliberalen Regierung – durchsetzt mit rechtsextremen Elementen kam. Fundiert und differenziert ist auch das Kapitel von Norman Paech „Wem gehört die Krim? Die Krimkrise und das Völkerrecht" (S. 65 ff).

Es herrscht in dem Buch eine einseitige, dominant geopolitische Betrachtungsweise vor. Diese führt auch dazu, dass das Putin-Regime keiner harschen Kritik unterzogen wird: „Vergessen" werden die Morde, der Krieg in Tschetschenien, die zahllosen Einschränkungen demokratischer Freiheiten, die Wahlfälschungen etc. Eine Art Revival von „Lagertheorie": weil es völlig richtig ist gegen NATO & Co zu sein „muss" man mit Putin sein – der oft so behandelt wäre als ginge es noch um die – degenerierte- SU – und nicht um einen autoritäten, kapitalistischen Staat mit neoimperialen Aspirationen.

Die „Lösung" des Ukraine-Konflikts wird vor allem auf der „oberen Ebene" anvisiert: Verhandlungen, Sicherheitsgarantien, ev. Neutralitätsstatus der Ukraine, Föderalisierung etc. So wie über die in der Ukraine sehr wohl existierenden Bewegungen, Gewerkschaften und die Linke (im Westen wie im Osten der des Landes) kaum etwas zu erfahren ist, wird nix über Alternativen „von unten" gesagt. Gerade die wären jedoch jetzt mehr denn je anzuschneiden: nach den diversen Wahlen droht ein „deal" zwischen Obama, Merkel, Putin und den Oligarchen der West- und Ostukraine – mit den entsprechenden „Spar"programmen für die Bevölkerung.

Alles in allem: man/frau sollte das Buch lesen, aber sich dessen bewusst sein, was in ihm ausgespart bleibt.

Hermann Dworczak ■

Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen. Peter Strutynski (Hg.), Papy Rossa Verlag, Köln 2014. 216 Seiten. 13,30 Euro

Michael Pröbsting: Ukraine between US/ EU and Russian Imperialism

Wer des Englischen mächtig ist, erfährt in der Broschüre eine Menge über den Konflikt/ Krieg in der Ukraine – vor allem über die Vorgänge und Strukturen im Osten des Landes.

Nach wie vor herrscht in breiten Teilen der Linken hinsichtlich der Ukraine Uninformiertheit, Unsicherheit oder Denken in „Lager"kategorien vor. Nicht wenige Debatten erschöpfen sich in Schwarz-Weiß-Zuweisungen wie „alle auf dem Maidan waren Rech-

te, wenn nicht Faschisten“ bzw. im Osten des Landes sind alle „Agenten Putins“. Michael Pröbstings Analyse hebt sich wohltuend von solcher Kurzsichtigkeit ab.

Zurecht wird die Yanukowich-Regierung als Repräsentation der „Interessen einer reaktionären Gruppe von Oligarchen mit pro-russischer Orientierung“ (S.4) charakterisiert. Andererseits wird gut der Prozess der Formierung des Protests im Osten des Landes gegen die rechte, neoliberale „Übergangsregierung“ in Kiew und ihren Krieg gegen das Donbass dokumentiert.

Gezeigt wird, wie der westliche Imperialismus und der Imperialismus Rußlands vielfältig intervenieren, um ihre jeweiligen „claims“ abzustecken.

Die Broschüre legt dar, wie legitim der Widerstand im Osten war und ist, aber er schildert ihn in keiner Weise blauäugig. Vielmehr wird gezeigt, dass von Anfang im Donbass „Kreml-Vertraute“, grußrussische Chauvinisten und Rechtsextremisten kräftig mitmischten und heute klar die Oberhand haben!

Auch die geopolitischen Passagen der Broschüre sind differenziert. Nach einer Charakterisierung der verschiedenen imperialistischen Fraktionen in Rußland (z. B. der einflussreichen „Eurasier“) heißt es hinsichtlich der dominanten Putin-Gruppierung: „Moskau wollte nicht die Donbass-Region annektieren, sondern eher die Aufstände als Instrumente gebrauchen, um auf das neue Regime in Kiew Druck auszuüben und einen vorteilhaften deal in ihren bilateralen Beziehungen zu erreichen“ (S.16).

Zwei solidarisch kritische Anmerkungen erscheinen mir notwendig. Ich hätte mir gewünscht, dass die Ereignisse auf dem Maidan mit der gleichen prozesshaften Methode dargestellt werden wie die Vorgänge im Donbass. Am Maidan fand schließlich eine „politische Enteignung“ der Bewegung statt. Demgegenüber heißt es im Text lapidar: diese Bewegung „entstand vom Anfang an als eine Bewegung, die ein reaktionäres Ziel unterstützte (Beitritt zur EU)“ (S. 4).

Wichtige Faktoren, wie etwa die mehr als 5000 (sic!) Kämpfe, die es in der Ukraine 2013 gegeben hat und die auf dem Maidan ebenfalls ihren Ausdruck fanden (es gab sogar marxistische Schulungen) werden so ausgeblendet.

So richtig der abschließende Forderungskatalog der Broschüre auch ist (S.24), so sehr erscheint er mir zu linear aus dem „revolutionär-marxistischen Handgepäck“ abgeleitet zu sein. Es fehlen die nächsten Schritte, damit er Wirklichkeit wird: Wiederherstellen einer gemeinsamen Gesprächsbasis der ukrainischen Linken (sie redet derzeit nicht einmal miteinander!); „Friedenskonferenzen“; internationale Aktionstage; Ausarbeitung eines (Übergangs)-programms „von unten“, das den Oligarchen und dem jeweiligen Imperialismus konkret die Stirn bietet.

Hermann Dworczak ■

Michael Pröbsting Ukraine between US/ EU and Russian Imperialism. Revolutionary Communism No.28 November 2014, Vienna. 31 Seiten, 5 Euro.

„NS-Verherrlichung stoppen! Nazis in Remagen entgegentreten“

Am 22. November wollen zum mittlerweile sechsten Mal in Folge Neonazis aus ganz Deutschland in Remagen aufmarschieren. Das antifaschistische Bündnis „NS-Verherrlichung Stoppen!“ ruft zu einer überregionalen, antifaschistischen Demonstration auf:

„Remagen, eine kleine Stadt am Rhein zwischen Koblenz und Bonn, ist bekannt für die erste alliierte Rheinüberquerung im Befreiungskampf gegen Hitlerdeutschland. Die Nazis kommen allerdings nicht wegen der „Brücke von Remagen“, sondern wegen dem „Rheinwiesenlager“, einer provisorischen Sammelstelle für deutsche Kriegsgefangene, in dem unter kriegsbedingten Umständen ca. 1200 Gefangene starben. Die Nazis erlügen sich Opferzahlen von über einer Million Toten und sprechen von einem angeblichen Völkermord. Das Ziel ist klar: Die deutschen Verbrechen sollen relativiert und deutsche Täter*innen zu Opfern verklärt werden.

Verantwortlich für die Aufmärsche war jahrelang die Nazikameradschaft Aktionsbüro Mittelrhein [ABM]. Als diese 2012 aufgrund des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung zerschlagen wurde, sprang die Nazipartei *Die Rechte* ein. Dieses Jahr findet die Veranstaltung laut Nazis unter neuer Versammlungsleitung statt. Geschuldet ist dies wohl der Neustrukturierung der Neonaziszene in der Region. Die 26 inhaftierten Neonazis des ABM haben seit Anfang 2014 alle die Untersuchungshaft verlassen. In der Region Remagen und dem Kreis Ahrweiler besteht wieder bzw. immer noch eine gut vernetzte und gewaltbereite Neonaziszene.

2013 haben wir erfolgreich die deutschen Opfermythen kritisiert und den Nazis gezeigt, dass sie in Remagen nicht willkommen sind. Mit 450 Antifaschist*innen, waren die etwa 300 Nazis erstmals nicht mehr die größte Gruppe an diesem Tag. Trotz antifaschistischer Proteste konnten die Nazis allerdings ihre Demo durchführen. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass auch dieses Jahr wieder Neonazis in Remagen aufmarschieren können. Wir werden am 22. November solidarisch mit den fortschrittlichen Teilen der Zivilgesellschaft und aktiven Nazigegner*innen in der Provinz dem Naziaufmarsch entgegentreten.

Kommt am 22. November zur antifaschistischen Demo gegen den Naziaufmarsch in Remagen!
Vollständiger Aufruf unter remagen.blogsport.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Das Staatsversagen geht weiter

Anlässlich des 3. Jahrestages der Aufdeckung der NSU-Verbrechen fand im Bundestag eine Debatte statt, die sich auch mit der Frage beschäftigte, inwieweit die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt worden sind. Der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages hatte im Juli 2013 insgesamt 47 Empfehlungen für die Polizei, Nachrichtendienste und die Justiz vorgelegt. Wir dokumentieren die Rede der Abgeordneten Petra Pau, die für DIE LINKE im Untersuchungsausschuss war:

„Vor 14 Monaten, am 3.9.2013, haben wir hier den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum NSU-Nazi-Mord-Desaster und zum Staatsversagen debattiert.

Mein Fazit seither:

• Die Fragezeichen sind nicht weniger, sondern mehr geworden.

• Der Aufklärungswille der Behörden verharrt weiterhin nahe Null.

• Von den beschlossenen Veränderungen ist so gut wie nichts umgesetzt.

Kurzum: Das Staatsversagen geht weiter, so als wäre nichts geschehen. Das ist politisch nicht hinnehmbar, aber auch menschlich nicht.

Gestern hat Barbara John ein Buch vorgestellt. Der Titel: „Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen“. Darin beschreiben Angehörige der NSU-Mordopfer, was ihnen seither widerfahren ist, wie mit ihnen umgegangen wurde, von Staats wegen. Die Schilderungen sind sehr bedrückend. Beim Lesen ergriffen mich Wut und Scham. Seither geht mir das Wort „Opfer-Perspektive“ nur noch schwer über die Lippen. Es ist mir zu distanziert, zu kalt, zu Deutsch. Ich habe nur noch kein besseres gefunden.

Dennoch oder gerade deshalb empfehle ich das Buch, dringend. Es geht um Menschen und um Menschlichkeit. Sie rangieren am Rand der Aufklärung und gehören endlich ins Zentrum.

Bei fast allen Betroffenen des NSU-Desasters ist das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat tief erschüttert. Und wenn es doch noch einen Rest Vertrauen gibt, dann hängt er am seidenen Faden. Sie schauen mit Sorge auf den NSU-Prozess in München. Ich merke als Innenpolitikerin an: Wir haben nur einen Rechtsstaat, nicht drei: einen für Urdeutsche, einen für Migranten und einen für Asylsuchende.

Es gibt zwar für alle drei Gruppen unterschiedliche Rechte, was schon bedenklich ist. Aber spätestens bei Leib und Leben gilt der Rechtsstaat für alle oder keinen. Und deshalb betreffen die Schilderungen des Versagens in diesem Buch auch uns alle.

Umso mehr bringt es mich in Rage, wenn Behörden, wenn Regierungen immer noch versuchen, Untersuchungen zum NSU-Komplex zu behindern oder gar zu verhindern. Beispiele dieser Art gibt es viele, zu viele. Das vorerst jüngste stammte aus Brandenburg, wo der Verfassungsschutz sich weigerte, einen V-Mann mit NSU-Bezug vor dem Münchener Gericht befragen zu lassen.

Wer so agiert, hat keinerlei Respekt gegenüber den NSU-Opfern und ihren Angehörigen. Außerdem treiben die Hintertreiber Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Meineid. Sie hatte im Februar 2012 bedingungslose Aufklärung versprochen. Davon kann bislang keine Rede sein. Es gibt im Bundestag aktuell keinen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex. Gleichwohl ist er für mich nicht abgeschlossen. Und ich weiß mich darin einig mit der Kollegin Eva Högl (SPD), dem Kollegen Clemens Binninger (CDU/CSU) und anderen.

Der Innenausschuss des Bundestages hat dieses Jahr das Gros seiner Zeit dem NSU-Komplex gewidmet. Das kann kein Dauerzustand sein, denn die innenpolitische Palette ist viel breiter. Deshalb haben wir jetzt eine Lösung gefunden, die den Innenausschuss entlastet, ohne die offenen NSU-Fragen – auch nicht die neuen - aus dem Blick zu nehmen.

Zwei neue will ich andeuten, zur Illustration:

Im Frühjahr starb plötzlich ein V-Mann mit NSU-Bezug namens „Corelli“. Ausgerechnet im Zeugenschutzprogramm und just, als seine Aussagen gefragt waren. Die Umstände sind bis heute unklar und die Darstellungen des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz dazu wenig überzeugend – diplomatisch formuliert.

Im selben Zusammenhang wird bekannt, dass der Verfassungsschutz seit Jahren über CDs aus der Nazi-Szene verfügte, die Bezüge zum NSU hatten. Wurden diese lediglich leichtfertig missachtet? Oder wussten die Behörden lange vor dem 4. November 2011, dem Auffliegen der NSU-Bande, mehr als sie bislang einräumen?

Die Brisanz dieser Fragen dürfte klar sein. Auch deshalb wiederhole ich für DIE LINKE:

Erstens: Der NSU-Komplex und das Staatsversagen sind für uns nicht abgeschlossen. Wir bleiben dran.

Zweitens: Die Ämter für Verfassungsschutz sind als Geheimdienste aufzulösen und die unsägliche V-Mann-Praxis sofort zu beenden.

Vor wenigen Wochen hatte die Fraktion DIE LINKE zu einer öffentlichen Fachtagung in den Bundestag eingeladen: „NSU-Komplex – Bilanz und Ausblick“. Es ging um Rassismus in der Gesellschaft, um Entwicklungen in der Nazi-Szene, um Probleme in Sicherheitsbehörden, um Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und mehr.

Zwei Konsequenzen aus dieser Tagung – sie sind nicht neu – wiederhole ich hier dennoch.

• Die rechtsextremen Gefahren hierzulande werden offiziell noch immer unterschätzt oder heruntergespielt. Wer die aktuellen Ausschreitungen von Hooligans und Nazis gegen Salafisten lediglich als Orgien unter Gewalttätern brandmarkt, greift zu kurz. Es geht um militanten Nationalismus und Rassismus und um Missbrauch von Religionen.

• Dagegen agieren Initiativen für Demokratie und Toleranz, regional und vor Ort. Ihre Förderung ist noch immer kurzatmig und unzureichend. Der Bundestag hatte dazu dringend Besserung gefordert. Der Entwurf des Bundeshaushaltes für 2015 hingegen birgt Verschlechterungen – eine schwarze Null, die sich als braunes Plus erweisen könnte.

Beides darf so nicht bleiben, nicht die Unterschätzung des Rechtsextremismus und nicht die mangelnde Unterstützung von Initiativen dagegen!

Dafür sollten wir uns – über alle Fraktionen hinweg – einsetzen.“ ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370